

# Sitzungsbericht

43. Sitzung der Tagung 2006/07 der XVI. Gesetzgebungsperiode  
des Landtages von Niederösterreich  
Donnerstag, den 22. Februar 2007

---

## Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 344).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 344).
3. Angelobung eines Mitgliedes des Landtages (Seite 346).
4. Bekanntgabe der Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 346).
5. Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates (Seite 347).
6. Ltg. 808/H-1/2: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend MedAustron Wiener Neustadt - Freigabe einer Haftungsübernahme.  
**Berichterstatter:** Abg. Dr. Prober (Seite 347).  
**Redner:** Abg. Waldhäusl (Seite 347), Abg. Dr. Krismer-Huber mit Resolutionsantrag betreffend flankierende Maßnahmen bei Errichtung und Betrieb der Med Austron-Anlage (Seite 348), Abg. Rosenmaier (Seite 352), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 354).  
**Abstimmung** (Seite 356).  
*(Ltg. 808/H-1/2 einstimmig angenommen; Resolutionsantrag abgelehnt: Zustimmung Grüne, FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*
7. Ltg. 809/A-1/74: Antrag des Schul-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dworak u.a. betreffend Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes.  
**Berichterstatter:** Abg. Hintner (Seite 356).  
**Redner:** Abg. Waldhäusl (Seite 357), Abg. Weiderbauer (Seite 357), Abg. Dworak (Seite 358), Abg. Nowohradsky (Seite 359), Abg. Cerwenka mit Resolutionsantrag betreffend Erarbeitung eines Landesbildungskonzeptes (Seite 361), Abg. Nowohradsky (Seite 362), Abg. Weiderbauer (Seite 362), Abg. Waldhäusl (Seite 362).  
**Abstimmung** (Seite 362).  
*(Ltg. 809/A-1/74 einstimmig angenommen; Resolutionsantrag abgelehnt: Zustimmung SPÖ, Grüne, FPÖ, Ablehnung ÖVP.)*
- 8.1. Ltg. 784/B-44/3: Antrag des Gesundheits-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschlüsse und Tätigkeitsberichte des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds, Bereich Gesundheit und Sozialleistungen für das Jahr 2005.  
**Berichterstatter:** Abg. Mag. Wilfing (Seite 363).
- 8.2. Ltg. 802/A-1/73: Antrag des Gesundheits-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Lembacher, Weninger u.a. betreffend Änderung des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds-Gesetzes 2006 (NÖGUS-G 2006).  
**Berichterstatter:** Abg. Mag. Riedl (Seite 363).
- 8.3. Ltg. 801/A-1/72: Antrag des Gesundheits-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Lembacher, Weninger u.a. betreffend Änderung des Gesetzes über die Errichtung der NÖ Landeskliniken-Holding (NÖ LKH).  
**Berichterstatter:** Abg. Mag. Stiwicek (Seite 363).  
**Redner zu 8.1. – 8.3.:** Abg. Waldhäusl (Seite

363), Abg. Lembacher (Seite 365), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 367), Abg. Kernstock (Seite 369), Abg. Mag. Heuras (Seite 371).  
**Abstimmung** (Seite 373).  
*(Ltg. 784/B-44/3 einstimmig angenommen; Ltg. 802/A-1/73, Ltg. 801/A-1/72 mehrheitlich angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne.)*

9. Ltg. 798/E-2/1: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ

Elektrizitätswesengesetzes 2005 (NÖ EIWG-Novelle 2007).

**Berichterstatter:** Abg. Hensler (Seite 373).  
**Redner:** Abg. Dr. Prober mit Resolutionsantrag betreffend Ökostrom (Seite 373), Abg. Waldhäusl (Seite 376), Abg. Mag. Fasan (Seite 377), Abg. Mag. Motz (Seite 379), Abg. Ing. Rennhofer (Seite 380).

**Abstimmung** (Seite 381).  
*(Ltg. 798/E-2/1 einstimmig angenommen; Resolutionsantrag einstimmig angenommen.)*

\* \* \*

**Präsident Mag. Freibauer** (um 13.00 Uhr):  
 Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Frau Abgeordnete Adelheid Ebner, Herr Abgeordneter Ignaz Hofmayer, Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Bernd Toms, Herr Abgeordneter Mag. Thomas Ram, Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner und Herr Landesrat Mag. Sobotka. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Verhandlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingelangten Anfragebeantwortungen verweise ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtagssitzung aufgenommen.

Einlauf:

Ltg. 798/E-2/1 - Vorlage der Landesregierung vom 23.1.2007 betreffend Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005 (NÖ EIWG-Novelle 2007) – wurde am 8. Februar 2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 801/A-1/72 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Lembacher, Weninger u.a. betreffend Änderung des Gesetzes über die Errichtung der NÖ Landeskliniken-

Holding (NÖ LKH) - wurde am 8. Februar 2007 dem Gesundheits-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 802/A-1/73 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Lembacher, Weninger u.a. betreffend Änderung des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds-Gesetzes 2006 (NÖGUS-G 2006) – wurde am 8. Februar 2007 dem Gesundheits-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 808/H-1/2 - Vorlage der Landesregierung vom 13.2.2007 betreffend Med-Austron Wiener Neustadt - Freigabe einer Haftungsübernahme – wurde am 14. Februar 2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 809/A-1/74 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dworak u.a. betreffend Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes – wurde am 15. Februar 2005 dem Schul-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Anfragen:

Ltg. 799/A-4/176 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landeshauptmannstellvertreter Gabmann betreffend Büroturm in Vösendorf.

- Ltg. 800/A-4/177 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landeshauptmannstellvertreterin Onodi betreffend Büroturm in Vösendorf.
- Ltg. 803/A-4/178 - Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Jugendschutzbestimmungen beim kleinen Glücksspiel nach dem NÖ Spielautomatengesetz.
- Ltg. 804/A-5/169 - Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer an Landesrätin Mag. Mikl-Leitner betreffend Jugendschutzbestimmungen beim kleinen Glücksspiel nach dem NÖ Spielautomatengesetz.
- Ltg. 805/A-5/170 - Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer an Landesrat Schabl betreffend Jugendschutzbestimmungen beim kleinen Glücksspiel nach dem NÖ Spielautomatengesetz.
- Ltg. 806/A-5/171 - Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer an Landesrat Schabl betreffend Bewilligungen und mangelnde Kontrollen des so genannten kleinen Glücksspiels nach dem NÖ Spielautomatengesetz.
- Ltg. 807/A-4/179 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sitzung der NÖ Landesregierung vom 13.2.2007.
- Ltg. 810/A-5/172 - Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer an Landesrätin Mag. Mikl-Leitner betreffend Waldkindergärten.
- Ltg. 811/A-4/180 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend gefährliche Abfälle in Tattendorf.
- Ltg. 812/A-4/181 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landeshauptmannstellvertreter Gabmann betreffend gefährliche Abfälle in Tattendorf.

Ltg. 813/A-5/173 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landesrat Dipl.-Ing. Plank betreffend gefährliche Abfälle in Tattendorf.

Ltg. 814/A-4/182 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sitzung der NÖ Landesregierung vom 20.2.2007.

Anfragebeantwortungen zu Ltg. 777/A-5/166 – (an Frau Landesrätin Kranzl) beantwortet durch Landesrat Schabl; zu Ltg. 778/A-5/167 – (an Frau Landesrätin Kranzl) beantwortet durch Landesrat Schabl; zu Ltg. 782/A-4/172 – von Landeshauptmann Dr. Pröll.

**Präsident Mag. Freibauer:** Heute sind noch eingelangt eine Anfragebeantwortung zu Ltg. 788/A-4/173 von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll.

Weiters wurden zwei Anträge der Abgeordneten Dr. Petrovic, Mag. Fasan, Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer eingebracht gemäß § 32 LGO 2001 und zwar: Erstens der Antrag mit der Geschäftszahl Ltg. 815/A-3/11 betreffend Novelle zum NÖ Spielautomatengesetz. Der Antrag ist laut Geschäftsordnung nicht entsprechend unterstützt. Ich stelle daher gemäß § 32 Abs.5 LGO 2001 die Unterstützungsfrage. (*Nach Abstimmung:*) Danke. Er wird unterstützt von den Abgeordneten des grünen Klubs und von Herrn Abgeordneten Waldhäusl. Die Unterstützung ist daher nicht ausreichend, daher kann der Antrag nicht weiter behandelt werden.

Zweitens wurde ein Antrag mit Ltg. 816/A-3/12 von den Abgeordneten Dr. Petrovic, Mag. Fasan, Dr. Krismer-Huber und Weiderbauer gemäß § 32 LGO 2001 betreffend Raumordnung Baurecht und interkommunaler Ausgleich bei Großbauvorhaben. Auch dieser Antrag ist laut Geschäftsordnung nicht entsprechend unterstützt. Ich stelle daher gemäß § 32 Abs.5 LGO 2001 die Unterstützungsfrage. (*Nach Abstimmung:*) Dieser Antrag wird unterstützt vom grünen Klub und von Herrn Abgeordneten Waldhäusl. Ist damit nicht ausreichend unterstützt und kann nicht weiter behandelt werden.

Frau Abgeordnete Adelheid Ebner teilt mit Schreiben, eingelangt in der Landtagsdirektion am 30. Jänner 2007 mit, dass sie keine leitende Stellung im Sinne des § 4 Abs.1 Unvereinbarkeitsgesetz ausübt. Mit Schreiben vom 19. Februar 2007 hat Frau Landesrätin Karin Kadenbach ebenfalls mitgeteilt, dass sie keine leitende Stellung im Sinne des § 4 Abs.1 Unvereinbarkeitsgesetz ausübt.

Ich möchte festhalten, dass für die heutige Sitzung gemäß dem Redezeitmodell des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 in der Fassung vom 18. Mai 2006 folgende Kontingentierung zwischen den Vertretern der Klubs, Fraktionen bzw. Abgeordneten einvernehmlich festgelegt wurde: Die Gesamtrededezeit beträgt 517 Minuten. Es kommen demnach zu der ÖVP 206,48 Minuten, der SPÖ 145,42 Minuten, dem grünen Klub 70,30 Minuten, der FPÖ-Fraktion 47 Minuten und Abg. Mag. Ram 47 Minuten. Ich halte fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter die Redezeitkontingente fallen.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, zur Angelobung eines Mitglieds des Landtages. Mit Schreiben von Frau Abgeordnete Dorothea Schittenhelm, eingelangt in der Landtagsdirektion am 15. Februar 2007 und mit Schreiben der Landeswahlbehörde beim Amt der NÖ Landesregierung, eingelangt in der Landtagsdirektion am 19. Februar 2007 wird mitgeteilt, dass Frau Abgeordnete Dorothea Schittenhelm ihr Mandat auf dem Kreiswahlvorschlag der Volkspartei Niederösterreich für den Wahlkreis 8 Korneuburg mit Ablauf des 21. Februar 2007 zurücklegt. Dieses Mandat wird daher gemäß § 103 Abs.3 der NÖ Landtagswahlordnung 1992 Herrn Ing. Hermann Haller, geboren 1962, wohnhaft in 2203 Enzersdorf, zugewiesen.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Cerwenka, um Verlesung der Angelobungsformel.

*(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)*

**Schriftführer Abg. Cerwenka (SPÖ) (liest):** Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

**Präsident Mag. Freibauer:** Herr Abgeordneter Ing. Haller!

**Abg. Ing. Haller (ÖVP):** Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe!

*(Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Herr Abgeordneter, ich gratuliere zu Ihrer Wahl und zur Angelobung und wünsche Ihnen viel Erfolg im NÖ

Landtag und für unser Land Niederösterreich! *(Beifall im Hohen Hause. – Die Damen und Herren Abgeordneten gratulieren Herrn Abg. Ing. Haller.)*

Weiters gibt der Landtagsklub der Volkspartei Niederösterreich Änderungen in den Ausschüssen bekannt.

Europa- und EU-Erweiterungsfragen-Ausschuss: Klubobmannstellvertreter Abg. Ing. Hofbauer als Mitglied anstelle von Abg. a.D. Dorothea Schittenhelm. Abg. Ing. Hermann Haller als Ersatzmitglied anstelle von Abg. Ing. Johann Hofbauer.

Gesundheits-Ausschuss: Abg. Ing. Hermann Haller als Ersatzmitglied anstelle von Abg. a.D. Dorothea Schittenhelm.

Kommunal-Ausschuss: Abg. Ing. Hermann Haller als Ersatzmitglied anstelle von Abg. a.D. Dorothea Schittenhelm.

Kultur-Ausschuss: Abg. Mag. Johann Heuras als Mitglied anstelle von Abg. a.D. Dorothea Schittenhelm.

Landwirtschafts-Ausschuss: Abg. Friedrich Hensler als Mitglied anstelle von Abg. Anton Erber. Abg. Ing. Hermann Haller als Ersatzmitglied anstelle von Abg. Friedrich Hensler.

Sozial-Ausschuss: Abg. Anton Erber als Mitglied anstelle von Abg. a.D. Dorothea Schittenhelm. Abg. Ing. Hermann Haller als Mitglied anstelle von Abg. Karl Honeder.

Umwelt-Ausschuss: Abg. Hans Stefan Hintner als Mitglied anstelle von Abg. Mag. Johann Heuras.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt Wahl eines Mitgliedes des Bundesrates und eines Ersatzmitgliedes.

Mit Schreiben, eingelangt in der Landtagsdirektion am 15. Februar 2007, verzichtet Herr Ing. Haller, Enzesfeld, mit Wirkung seiner Angelobung als Abgeordneter zum NÖ Landtag auf sein Mandat als Bundesrat. Die für Ing. Haller als Ersatzmitglied gewählte Frau Abgeordnete Marianne Lembacher, Wilhelmsdorf, verzichtet ebenfalls mit Schreiben vom 15. Februar 2007 auf ihre Funktion als Ersatzmitglied für den Bundesrat. Der Landtagsklub der Volkspartei Niederösterreich schlägt daher gemäß § 21 LGO 2001 als neues Mitglied für den Bundesrat Herrn Alfred Schöls, 3001 Mauerbach, Römerstraße 1, und als Ersatzmitglied für den Bundesrat Herrn Abg. Herbert Nowohradsky, 2182 Palterndorf, Neusiedlerstraße 303, vor.

Ich ersuche die Abgeordneten die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, abzugeben. Ich ersuche die Schriftführer in der Folge dann die Vornahme der Stimmzählung durchzuführen.

Ich darf die kleine Pause dazu benützen um die zahlreichen Besucher auf der Galerie hier im Namen des Landtages herzlich willkommen zu heißen. Ganz besonders eine Delegation von 55 Personen des Pensionistenverbandes Ortsgruppe Grafenbach, die heute den Landtag besuchen. Herzlich willkommen! *(Beifall im Hohen Hause.) (Nach erfolgter Stimmabgabe und Stimmzählung:)* Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: Abgegeben wurden 50 Stimmzettel. Gültig sind 40. Mit 40 gültigen Stimmen wurde in den Bundesrat als Mitglied gewählt Herr Alfred Schöls und mit 40 gültigen Stimmen wurde in den Bundesrat als Ersatzmitglied gewählt Herr Abg. Herbert Nowohradsky. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Dr. Prober, die Verhandlungen zu Ltg. 808/H-1/2 einzuleiten.

**Berichterstatter Abg. Dr. Prober (ÖVP):** Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 808/H-1/2 betreffend MedAustron Wiener Neustadt – Freigabe einer Haftungsübernahme.

MedAustron ist ein Projekt zur Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Erzeugung von Protonen und Kohlenstoffionenstrahlen zum Zweck der Forschung und Krebsbehandlung in Wr. Neustadt. Wobei sich das Land Niederösterreich zu einer Übernahme der Errichtungskosten von maximal 3,7 Millionen Euro verpflichtet hat.

Forschungsschwerpunkte sind präklinische Strahlenmedizin, medizinische Physik, Strahlenbiologie, Strahlenphysik, Präzisionstechnik und Elektronik. Mit der Errichtung von MedAustron kann die bedeutende Position Österreichs im wissenschaftlichen Bereich ausgebaut werden und können zukunftssträchtige Technologien nach Niederösterreich gebracht werden.

Neben dem Forschungsbereich dient die Anlage auch der Krebsbehandlung. Mit der bei MedAustron vorgesehenen Anlage kann auch ein innen liegender Tumor punktgenau bestrahlt werden, sodass diese Behandlungsform daher besonders auch für Tumore in der Nähe von strahlungsempfindlichen Organen, zum Beispiel Gehirn, Herz und Wirbelsäule, geeignet ist.

Mit der Errichtung von MedAustron ergibt sich für Niederösterreich ein Wertschöpfungseffekt von

zirka 50 Millionen Euro und ein Beschäftigungseffekt von über 1.000 Personen Vollzeitäquivalent-Arbeitsplätze.

Damit das Projekt kostengünstig errichtet werden kann und keine hohen Kreditzinsen für das aufzunehmende Fremdkapital anfallen, ist eine Haftung des Landes Niederösterreich für die Investitionskosten und den Betrieb der Anlage bis zu einer maximalen Höhe von 120 Millionen Euro erforderlich.

Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Für die Umsetzung des Projektes MedAustron wird genehmigt, dass das Land Niederösterreich bis zu einem Betrag von maximal € 120 Mio. für Darlehen, die von Tochtergesellschaften des Landes Niederösterreich zur Errichtung und Betrieb der Anlage MedAustron in Wiener Neustadt aufgenommen werden, haftet.
2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung des Landtagsbeschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

**Präsident Mag. Freibauer:** Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Sehr verehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Es geht um eine Haftungsübernahme für das Projekt in Wr. Neustadt MedAustron. Der Berichterstatter ist schon im Detail ein wenig darauf eingegangen. Es geht um die Erzeugung von Protonen und von Kohlenstoffionenstrahlen. Forschung und Krebsbehandlung stehen im Vordergrund. Etwas hoch Wissenschaftliches, etwas Zukunftsweisendes. Grundsätzlich etwas, wo man nur sagen kann, Gottseidank gibt es dieses Projekt und wir sind froh darüber, dass es in Niederösterreich sein wird. Darum war es auch logisch, dass Bund, Land und auch die Stadt Wr. Neustadt sich hier gefunden haben und im Dreierverbund diese zukunftsweisende Einrichtung auch errichten wollten. Es hat sich nun leider herausgestellt im Zuge der Ausschreibung, dass es keinen Bieter gegeben hat, der das verbleibende Restrisiko in dieser Art der Ausschreibung übernommen hätte. Und so hat letztendlich

die Landesregierung und heute der Landtag zu beschließen, dass über eigene Tochtergesellschaften des Landes, über Beteiligungen hier erstens sichergestellt wird, dass dieses Projekt finanziert wird, dass es gebaut wird. Und zweitens auch die Möglichkeit besteht, in Zukunft über diese Tochtergesellschaften auch mitzubestimmen und auch wieder etwas an finanziellen Erlösen zu lukrieren.

Ob es sich bei diesem Projekt letztendlich, man rechnet mit einer Errichtungsphase von vier Jahren, um einen Beschäftigungseffekt handelt, der, wenn er dann in Betrieb ist, 243 Millionen und Beschäftigung von 450 Arbeitsplätzen mit sich bringen wird, wäre zu wünschen. Wenn es weniger ist, ist es auch nicht unbedingt so schlimm. Ich glaube, dass es sehr schwer sein wird, hier schon genau das festzulegen, so wie es drinnen steht.

Wichtig ist, glaube ich, dass man den Mut hat, zu sagen, es ist etwas Zukunftsweisendes. Denn die Forschung sollte in Zukunft noch stärker unterstützt werden, österreichweit und vor allem auch niederösterreichweit. Denn wo gute Forschung besteht und wo gute Forschung ausgebaut wird, werden auch Arbeitsplätze langfristig geschaffen und gesichert. Und im Bereich der Krebsbehandlung, glaube ich, sind wir alle einer Meinung, dass wir neben dem Forschungsbereich für die Behandlung von Krankheiten, und hier im speziellen Fall braucht man es für die Bestrahlungstherapie, um eben auch hier punktgenau auch innenliegende Tumore behandeln zu können ohne Gewebe, das gesund ist, neben einem Tumor liegt, auch in Mitleidenschaft zu ziehen.

Es gäbe laut Berechnung hier weit über tausend Patienten die bereits darauf warten würden. Ich glaube daher, dass es ein wichtiger Schritt ist im Interesse dieser Patienten, im Interesse der Forschung und auch im Interesse der medizinischen Sorgfalt, den das Land jetzt zu übernehmen hat, hier Ja zu sagen.

Die Beteiligung ist in Ordnung. Man kann mitbestimmen. Und ich glaube, dass speziell in diesem Bereich, wo Forschung, wo medizinische Behandlung im Vordergrund steht, nicht unbedingt der Sparstift das einzige sein sollte wo man sagt, ist es in Ordnung, soll man es machen, soll man es nicht machen. Sind hier 10 Millionen zu viel oder 10 Millionen zu wenig. Ich glaube, dass der Weg hier der richtige ist und der gangbare. Denn es wird in Zukunft Arbeitsplätze bringen. Es wird vielen Patienten helfen. Ich hoffe, auch vielen Patienten das Leben verlängern helfen. Und für die Forschung gesehen bringt man dadurch ein Forschungszent-

rum nach Niederösterreich, wo wir mit Stolz als Niederösterreicher sagen können, das bringt Impulse auch für unser Bundesland. In diesem Sinne kann ich nur sagen, ich stimme gern diesem Vorschlag zu.

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber.

**Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

Wie man bei der Rede des Kollegen Waldhäusl schon gemerkt hat, zähmte der Kollege Waldhäusl sogar, sogar er zähmte heute seine Zunge. Wenn der NÖ Landtag einen Beschluss zu fassen hat wo es um die Haftung für 120 Millionen Euro geht, dann ist das nicht nur ein Beschluss den wir selten fassen, sondern ich glaube, das ist dann ein Beschluss, der in einer dementsprechend seriösen Debatte abgeführt werden sollte. Und was mich betrifft und meinen Ruf, möchte ich das in diesem Ton jetzt auch so beibehalten und möchte die Polemik heute hintanhalten.

Wie Sie wissen, bin ich nicht nur Gesundheitssprecherin sondern auch Wirtschaftssprecherin der Grünen. Und wir hatten im grünen Klub intensive interne Debatten über dieses Projekt und damit für diesen Kick-Off-Beschluss, den wir heute hier zu fassen haben. Und da gibt es einfach Daten, die im Raum stehen und wo man sehr schwer dagegen argumentieren kann. Als Wirtschaftssprecherin nicht, wenn es darum geht, möglicherweise 450 Arbeitsplätze zu schaffen. Davon 120 Arbeitsplätze, die unmittelbar das Projekt MedAustron betreffen. Mehr als 1.100 Arbeitsplätze, die geschaffen werden rund um Errichtung und Betrieb. Und die geschätzten Zahlen, die von der ÖVP, also von der Regierung, vorgelegt wurden, eine Wertschöpfung von 50 Millionen Euro bei der Errichtung und mehr als 240 Millionen Euro beim Betrieb, das sind einfach Zahlen, da kommt man als Wirtschaftssprecherin nicht herum. Denn wir wollen Forschung, und zwar Spitzenforschung auch in Niederösterreich haben.

Was als Gesundheitssprecherin einfach ein schlagendes Argument ist, ist die Möglichkeit, in etwa 1.200 Menschen das Leben zu retten. Ich glaube, es gibt niemanden hier im Raum, der nicht das Leben von anderen retten möchte wenn er könnte. Ich merke nur, der Herr Kollege Weninger findet das vielleicht nicht so dass man da eine seriöse Debatte abführen sollte. (*Zwischenruf bei Abg. Weninger.*)

Ist schon in Ordnung. Es zeugt nur davon, wer sich

wirklich mit einer Haftung von 120 Millionen auseinandersetzt. Zumindest ist heute einmal erhöhte Aufmerksamkeit bei der ÖVP da.

Erlauben Sie mir aber doch ein bisschen eine konstruktive Kritik anzubringen wenn wir so mit einer gewissen Ehrlichkeit einmal Großprojekte der vergangenen Zeit Revue passieren lassen. Die öffentliche Debatte hätte uns rund um das Projekt Universität Klosterneuburg in der Art erspart bleiben können. Ich glaube, wenn der NÖ Landtag selbstbewusst gegenüber der Regierung auftreten würde, dann wäre es auch möglich, in der Vorbereitung solcher Großprojekte in Ausschüssen, in Enqueten genau das abzuführen und sich intensiv damit zu beschäftigen, und nicht im Nachhinein.

Und ich glaube, dass auch ein Großprojekt, das, wie ich glaube, vor der letzten Landtagswahl angekündigt wurde, Baxter, uns nicht den Erfolg gebracht hat. Aus unzähligen Gründen, die ja stimmen. Das ist bei einem Konzern wie Baxter, der weltweit agiert, nicht einfach, hier den Standort auszubauen.

Aber auch bei MedAustron sind so manche Entscheidungen, die man dann aus der Zeitung erfährt. Und Ausschreibungen, wo es eben keinen Bieter gegeben hat, sind einfach Dinge, die, wenn ich ehrlich bin, ich nicht möchte in Niederösterreich. Das könnten wir uns in dieser Art sparen.

Und Herr Klubobmann Schneeberger, ich möchte auch ehrlich ein Wort dazu sagen, dass wir heute, ich glaube nicht zufällig den Beschluss fassen. Wir stehen ein Jahr vor der Landtagswahl. Das ist in Ordnung, dass wir das jetzt tun. Ich halte mich weiterhin mit der Polemik zurück. Nur, ich hoffe, dass wir uns finden insofern, dass bei einem Beschluss ein Jahr vor der Wahl, der möglicherweise von mancher Regierungspartei auch im Wahlkampf dann den Menschen präsentiert wird – was ja politisch in Ordnung ist – man aber umso mehr Verantwortung hat und nicht Erwartungen bei den Menschen heraufbeschwört, die wir heute vielleicht, da Risiken im Raum stehen, die eben vielleicht dann nicht eintreffen, diese Erwartungen. Und da erwarte ich mir ein wenig Verantwortung.

Lassen Sie mich als Gesundheitssprecherin ein bisschen ausholen, weil ich habe mir einfach die Zeit genommen, ein wenig zu recherchieren. Das ist ja immerhin eine Methode, die gibt's jetzt, glaube ich, seit 30 Jahren. Zumindest habe ich in einer internationalen, „Pubmed“ heißt das, Maschine gefunden, dass 1969 die erste Publikation dazu war. Und den Werdegang solcher Strahlentherapien kann man sich ganz einfach vorstellen.

Da gibt es Physikerinnen und Physiker, die erfinden was. Dann brauchen sie Donatoren, brauchen Geld, und dann kommen sie recht schnell auf die Medizin.

Und wenn man bei der Medizin ist, die ist einfach verwoben, Gottseidank, mit dem öffentlichen Gemeinwesen. Und dann sind wir bei der Politik. Und seien wir ehrlich, das ist genau der Bereich, wo Politik erpressbar ist. Erpressbar deshalb, weil wir alle die hier sitzen, Regierungsmitglieder, gewählte Mandatarinnen, können kaum dagegen argumentieren, wenn dann jemand sagt, und ihr habt da nicht mitgestimmt, ihr habt kein Leben retten wollen. Ihr habt es verunmöglicht dass nur ein einziges Leben gerettet werden konnte.

Und in diesem größeren Kontext, wir haben ja heute noch andere Beschlüsse zu fassen, sei es der NÖGUS-Bericht, habe an einen größeren gedacht, ist das die wahre Kostenexplosion die wir im Gesundheitswesen haben. Die Kostenexplosion, weil wir immer mehr bessere Topleistungen haben werden. Das macht die Forschung. Und wir wollen auch in unserem Gemeinwesen, dass die Patientinnen und Patienten diese Dienstleistung an ihrem eigenen Körper erfahren können. Und das ist die wahre Kostenexplosion! Und ich mein', das sollte man auch durchaus offen sagen.

Es kommt ja nicht von irgendwoher dass schon vor zwei Jahren im ASVG-Gesetz eben diese Lex MedAustron aufbereitet wurde, dass es eben möglich ist, dass österreichische Versicherungsnehmerinnen hier diese Leistung dann, damals pro futuro, in Anspruch nehmen können. Und das ist gut so.

Als Wirtschaftssprecherin möchte ich jetzt nur ein paar Zahlen nennen, weil ich so das Gefühl habe - oder zumindest ist es mir so gegangen -, bei 120 Millionen Euro Haftung und möglichen 120 bis 150 Millionen Euro de facto dann Errichtungskosten, kann man jetzt schwer prognostizieren. Das leuchtet mir auch ein, das ist nicht so einfach. Das wird ja nicht jeden Tag gebaut. Brauchen ein bisschen Vergleichszahlen, denke ich. Gerade aus dem Gesundheitswesen.

Es ist gerade jetzt wieder publiziert worden das Minus der NÖ Gebietskrankenkassa für 2006, 30 Millionen Euro. Dann sind es diese 30 Millionen Euro wo wir jetzt schon sagen, wir wissen nicht ob es 120 oder 150 Millionen Euro kosten wird. Dann reden wir aber von dem stark kritisierten Defizit der NÖ Gebietskrankenkassa. Wenn wir von dem Betrag reden und ich schau 'rein in den NÖGUS-Bericht, dann haben wir 10 Millionen Euro für 2006 drinnen für diese Reformprojekte, dass Spital und

niedergelassener Bereiche Kooperationsprojekte machen. 10 Millionen ist nicht viel.

Wenn ich mir die Prävention anschau, haben wir 5 Millionen drinnen gehabt für 2006. Also um eine Größenordnung zu haben, wo sonst Geld ausgegeben wird im Gesundheitswesen, da muss man sagen, wenn dieses Großprojekt kommt, dann kann das nur ein großes Forschungsprojekt sein.

Und ich möchte es jetzt auch noch ein bisschen untermauern und komm dann auch zur, ich glaube, fast angebrachten Skepsis was das Medizinisch-Wissenschaftliche betrifft.

Ich habe das jetzt formuliert, und ich hoffe, er ist schon ausgeteilt worden, die Grünen werden einen Resolutionsantrag einbringen, wo ich eben die für uns noch offenen Punkte thematisieren möchte. Und vielleicht hoffe, dass die oder zumindest eine Regierungspartei dem näher treten kann, damit der Rahmen und der Beschluss, der heute noch gefasst werden wird, wie sagt man so schön, wirklich auch wasserdicht ist.

Zum Einen: Wie wir diesen Beschluss debattiert haben, scheint mir auf Grund dieser Größe von 120 Millionen Euro Darlehen zu spärlich gewesen zu sein. Unsere Ausschussdebatten, gewisse informellen Gespräche. Ich hätte ganz gern, wenn ich das als niederösterreichische Mandatarin zu beschließen habe, nicht nur Einsicht, sondern dass ich alle Unterlagen bekomme und dass wir auch im Ausschuss über das reden. Ich habe es noch einmal detailliert niedergeschrieben in der Resolution.

Herr Kollege Schneeberger, ich möchte das Finanzierungskonzept sehen! Ich möchte wissen, wie jetzt die Bedarfsprüfungen genau waren was die Fallzahlen betrifft. Daran ist es ja gescheitert für einen privaten Betreiber, weil er die Prognosen schwer anstellen kann. Zumindest ist mir das so berichtet worden, und nicht nur von einer Seite.

Es geht auch um die wirtschaftlichen Effekte. Die Zahlen, Herr Kollege Schneeberger, die ich zuerst genannt habe, diese 450 Arbeitsplätze, die Wertschöpfung kann ich jetzt glauben, aber ich hätte es gern selber evaluieren können. Aber ich sehe eben diese Expertisen nicht.

Ich möchte auch gern wissen, wie die Stellungnahmen der Gesellschaft für Radioonkologie sind, was der oberste Sanitätsrat gesagt hat und wie die Stimmung jetzt auf Bundesebene ist. Genau diese Informationen haben wir nicht und das ist leider noch nicht parlamentarische Kultur bei uns in Niederösterreich, dass wir genau die Dinge

durchgehen. Und dass man natürlich auch den Vertrag zwischen Bund, Land und Stadt Wr. Neustadt einer Mandatarin in Kopieform - natürlich mit der Amtsverschwiegenheit über das kann man reden, das ist so – aber dass das einfach Usus ist dass man das bekommt. Man kann nicht auf Luft bauen verlangen, hier seriös Entscheidungen zu treffen.

Das ist eine konkrete Forderung. Eine andere ist, ich habe so das Gefühl und hoffe dass das Gefühl vielleicht heute mir genommen wird, dass wir jetzt die 100 Prozent GmbHs machen. Also das Konstrukt steht, das ist alles in öffentlicher Hand. Aber ich glaube nicht, dass wir nicht doch noch einmal ausschreiben werden und uns einen Privaten suchen für den Betrieb. Und ich habe wirklich Sorge, dass, wenn es zu wenig Patientinnen und Patienten für die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens MedAustron gibt, dann doch der eine oder andere Scheich oder gut zahlende Privatpatient oder –patientin aus dem Ausland nach Wr. Neustadt kommt zur Behandlung. Das wären die falschen Signale! Und ich hätte ganz gern dass man jetzt sagt, das wird sicher nicht so sein.

Die Phase wird noch länger dauern. Also wenn man glaubt, 2012 wird es in Betrieb gehen, ein bisschen Verzögerung haben wir immer dabei. Es wird noch eine lange Planungsphase geben bis das Ding in Betrieb geht. Und ich würde wirklich appellieren an den Landtag, dass der Landtag, der ja letztendlich doch die Verantwortung für diese Haftung hat, auch Bericht bekommt, was Stand der Dinge ist. Das ist auch ein Punkt.

Und eines ist mir ganz wichtig: Es ist zwar auf einer Homepage, aber es ist sonst jetzt nie erwähnt worden, dass das ernst gemeint ist, dass MedAustron ein europäisches Forschungsprojekt ist. Ich glaube nicht, dass man eine Kirchturmpolitik betreiben sollte letztendlich auf dem Rücken der Patientinnen, und sich mit Darmstadt, also mit dem Heidelberg-Institut, ein Rennen gibt. Da geht es nicht um die besten Köpfe. Diese Dinge werden nur in einem Miteinander ..., mit einem Schulter-an-Schulter wird es gehen, die wissenschaftlich breit getragenen, standardisierten Protokolle dann letztendlich an der Patientin zu erbringen. Das wird hier mir zumindest zu wenig beäugt.

Ich brauch jetzt nur deshalb so lang, weil ich die Punkte des Resolutionsantrages durchgehe und Ihnen ein Vorlesen ersparen möchte.

Eines halte ich auch für ganz wichtig. Ich weiß, dass Wr. Neustadt ein bisschen wie die Jungfrau zum Kind kommt. Ich glaube, da gibt's schon einen

eigenen Beirat. Das ist ja für eine Stadt dieser Größe nicht einfach da Teil zu haben und mit zu gestalten an so einem riesen Projekt, Forschungsprojekt. Und da stand ein Forschungsprojekt einerseits und dann medizinisch-klinische Anwendung. Da gibt's, ich glaube, so einen Berg an den man dann noch zusätzlich denken muss. Nicht nur von der Raumordnung her, sondern Radioonkologen haben mir berichtet, sie glauben, in etwa vier Wochen wird ein Patient, Patientin in Wr. Neustadt verweilen müssen. Das kann aber auch gehen bis zu neun Wochen.

Ich habe jetzt nie gehört, wie wir das wirklich angehen wollen. Ich habe mir das angeschaut auf der Homepage. In Heidelberg gibt's sozusagen dieses Patientinnenhotel direkt bei MedAustron dabei. Wir haben es drinnen, weil wir es für gescheiter erachten würden eine enge Kooperation mit dem Schwerpunktklinikum Wr. Neustadt einzugehen. Und hier auch sozusagen das Schwerpunktklinikum fast auf eine universitäre Ebene zu bringen. Also diese Strukturqualität wie es heißen würde im richtigen Sprechen der Gesundheitspolitik, diese Strukturqualität muss gewährleistet werden.

Und wo ich eben einfach wissenschaftlich ein bisschen Bauchweh hab, weil doch der eine oder andere Radioonkologin unter vier Augen sagt, dass wir gefordert sind in der Politik, nicht Erwartungen zu wecken. Es handelt sich da in keinster Weise um Routine. Ich habe mir sogar selber gestern noch einmal angeschaut: Es gibt eine Publikation von 2006 und insofern eine interessante, weil wiederum diese Wissenschaftlerin alle Publikationen zwischen 1980 und 2005 sich angeschaut hat und zum Schluss gekommen ist, dass man von einer gewissen Routine, und auch dort gibt's noch nicht letztendlich so was wie eine abgeschlossene klinische Studie, aber da gibt's diese Condrosarkome, gibt's einen kleinen Bereich, zum Beispiel, ich glaube, über 25 Jahre gibt's eine andere Studie im Bereich der bösartigen uvealen Tumore weiß man Bescheid. Da würde man sich trauen. Aber dann, wie es so schön heißt, eine Indikationsliste zu machen, für welche Patientin, Patient, jetzt die Anwendung wirklich Sinn macht. Ohne mehr Schaden zu erzeugen ist man da im Forschungsbereich. Und daher von uns die Forderung, wie sie auch von vielen Wissenschaftlern von uns herangetragen wurde, es darf in Wr. Neustadt keinen einzigen sogenannten Routinefall geben! Alle Patientinnen und Patienten sind Teil klinischer Studien. Und ich glaube, das sind wir unseren Patientinnen und Patienten auch so schuldig.

Abschließend hoffe ich, dass der von den Grünen jetzt einmal zur Debatte gestellte Resolutionsantrag vielleicht wirklich diskutiert werden kann, noch das eine oder andere mitnehmen kann, auch als Auftrag für die Regierung. Ich glaube, das ist einfach etwas was wir dem Landtag und den Patientinnen und Patienten schuldig sind. In diesem Sinne freue ich mich jetzt schon auf eine weitere Debatte.

#### „Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Dr. Petrovic, Mag. Fasan und Weiderbauer, Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 808/H-1/2, Vorlage der Landesregierung betreffend MedAustron Wiener Neustadt - Freigabe einer Haftungsübernahme betreffend flankierende Maßnahmen bei Errichtung und Betrieb der MedAustron-Anlage.

Die Protonen- und Ionentherapie für TumorpatientInnen ist noch immer eine wissenschaftlich junge Behandlungsmethode in der Medizin. Dies untermauern die spärlichen wissenschaftlichen Publikationen von klinischen Studien, insbesondere randomisierte Studien (sehr für uveale Melanome von Desjardins L. et al, 2006). Daher muss festgehalten werden, dass die Schaden-Nutzen-Daten nicht ausreichend für eine breite Indikationspalette vorliegen. Es darf in Verantwortung den PatientInnen gegenüber nicht der Schein von Routineverfahren vorgegeben werden. Bei MedAustron handelt es sich um ein Forschungsprojekt, sowohl physikalisch-technisch als auch medizinisch. Es wird daher vom Betreiber, somit vom Land NÖ, sicher zu stellen sein, dass die Auswahl der PatientInnen nach strengen wissenschaftlichen Kriterien erfolgt und jede Behandlung wissenschaftlich begleitet wird und Bestandteil klinischer Studien ist.

Bereits vor zwei Jahren wurde der Auftrag für die Errichtung und den Betrieb der Medastron international ausgeschrieben. Anders als in Deutschland, wo sich in einem PPP-Modell an zwei ähnlichen Projekten Siemens bzw. die StrabAG beteiligen, wurde für die MedAustron kein Angebot eines privaten Betreibers gelegt. Offensichtlich rechnet sich das niederösterreichische Projekt für einen privaten Betreiber wirtschaftlich nicht. Dem Landtag wurden die konkreten Machbarkeits- und Finanzierungsstudien nicht vorgelegt. Weder parlamentarisch im Rahmen von Ausschüssen noch in einem weiteren Kreis wie einer Enquete gab und gibt es eine breite Diskussion über dieses Großprojekt.

Die Landesregierung hat angegeben, dass die Errichtungskosten der MedAustron durch den Betrieb finanziert werden können und die Landhaftung nur der kostengünstigeren Kreditfinanzierung dient. Ebenso wurde die Umwegrentabilität dargestellt, insbesondere dass 451 Arbeitsplätze geschaffen werden. All diese Angaben sind für den Landtag mangels Vorlage aller Studien und Expertisen nicht nachvollziehbar.

Unbestritten wird sein, dass der wirtschaftliche Druck zur Refinanzierung der geschätzten Errichtungskosten der 120 – 150 Mio. Euro bestehen. Daher wird insbesondere sicherzustellen sein, dass die Protonen- und Ionentherapie in erster Linie sozialversicherten PatientInnen unabhängig ihrer Finanzkraft offen steht und jede Bevorzugung von selbstzahlenden bzw. zusatzversicherten PatientInnen ausgeschlossen wird.

Die Gefertigten stellen daher gem. § 60 LGO folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- Allen Landtagsklubs und -fraktionen umgehend alle vorliegenden Studien und Expertisen zum Projekt MedAustron vorzulegen, insbesondere
  - das Finanzierungskonzept,
  - die erstellten Bedarfsprüfungen (Fallzahlen),
  - die Studien über die wirtschaftlichen Effekte der MedAustron in der Betriebsphase,
  - die Stellungnahmen der Österreichischen Gesellschaft für Radioonkologie, des Obersten Sanitätsrates und des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger;
- zu gewährleisten, dass die für die Behandlung durch die MedAustron in Frage kommenden PatientInnen durch wissenschaftliche (wie die Österreichische Gesellschaft der RadioonkologInnen) bzw. universitäre Institutionen streng nach wissenschaftlichen Kriterien auf Basis einer Indikationsliste ausgewählt werden und ausschließlich als Probanden obligatorischer Klinischer Studien gelten. Dies begründet sich in der Methode, die wissenschaftlich nicht als Routinemethode Anwendung finden kann.
- sicherzustellen, dass beim Zugang zur Protonen- und Ionentherapie jede Bevorzugung von selbstzahlenden bzw. zusatzversicherten PatientInnen ausgeschlossen wird;
- eine enge Kooperation mit dem Krankenhaus Wr. Neustadt zu gewährleisten, damit die Versorgung der PatientInnen während der mehrwöchigen Behandlung, insbesondere auch der Begleitpersonen von Kindern sichergestellt wird; Die Strukturqualität in der Region ist dahingehend zu adaptieren.
- den Betrieb der MedAustron auf Dauer durch das Land Niederösterreich zu 100% zu führen;
- dem Landtag jährlich einen Bericht über die medizinische (Forschung und klinischer Betrieb) und wirtschaftliche Entwicklung der MedAustron mit den Geschäftsberichten aller beteiligten Gesellschaften vorzulegen;
- an den Bund heranzutreten, dass die zusätzliche finanzielle Belastung der Sozialversicherungsträger durch MedAustron zu keinerlei Leistungseinschränkungen oder finanzielle Zusatzbelastungen durch Erhöhung von Selbsthalten bei den Sozialversicherten führt;
- das nationale Großprojekt MedAustron als europäisches Forschungsprojekt zu etablieren, was Kooperationen mit Europäischen Forschungseinrichtungen (wie zum Beispiel mit Darmstadt/Heidelberg oder das Paul Scherer Institut, Schweiz) notwendig macht. Nur dies gewährleistet den PatientInnen nach wissenschaftlich breit getragenen, methodischen Protokollen behandelt zu werden.“

Abschließend erlauben Sie mir noch, dem Präsidenten zu seinem 70er offiziell zu gratulieren. Und ich hoffe, ich bekomme keinen Ordnungsruf. Das war nicht zur Sache. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Rosenmaier.

**Abg. Rosenmaier (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hoher Landtag!

Lieber Klaus! Ich glaube, du wirst es dann in deiner Funktion als Klubobmann sicher berichten. Ich kann es gar nicht glauben, dass das passiert, diese gute Sache wegen der Wahl, nehmen wir einmal an.

MedAustron, ein Wort, welches man kennt. MedAustron, ein Projekt, das berechtigt Hoffnung krebserkrankter Patienten auf Heilung aufkommen lässt. Ein Projekt, welches zukunftsweisend für die Forschung und andererseits natürlich auch für die Medizin ist. Das Kernstück der Anlage, um etwas Technik zu implantieren, besteht aus zwei Ionenquellen: Eine zur Erzeugung von Protonen und eine zur Erzeugung von Kohlenstoffionen.

Einem Linearbeschleuniger ist es vorbehalten, die Ionen vorzubeschleunigen und in den Kreisbeschleuniger zu initiieren. Dort erfolgt dann die Beschleunigung bis hin zur gewünschten Endenergie. Im nicht klinischen Forschungsbereich ist ein Protonenstrahl mit hoher Energie nämlich ein äußerst wertvolles Gut. Er ist für physikalische, aber auch für angewandte Forschung einsetzbar.

Forschungsschwerpunkte sind präklinische Strahlenmedizin, medizinische Physik, natürlich die Strahlenbiologie, die Strahlenphysik. Und es darf natürlich auch die Wirtschaft nicht zu kurz kommen. In der Präzisionstechnik und in der Elektronik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Errichtung von MedAustron sind wir durchaus in der Lage, die bereits bedeutende Position Österreichs im wissenschaftlichen Bereich weiter auszubauen. Eine logische Schlussfolgerung daraus ist natürlich die weitere Ansiedlung von zukunftsreicher Technologie in unserem schönen Bundesland, in Niederösterreich.

Logische Schlussfolgerung daraus wieder ist, dass damit auch Rahmenbedingung für hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden. Nach Errichtung der Anlage können Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen Forschung auf Spitzenniveau in Niederösterreich einbringen und müssen nicht in ausländische Forschungszentren abwandern.

Neben dem Forschungsbereich dient diese Anlage aber vor allem der Krebsbehandlung. Hier tun sich medizinisch betrachtet völlig neue Wege auf und geben krebserkrankten Menschen wirklich berechtigte Hoffnung auf Heilung. Bei Bestrahlung von Tumoren mit herkömmlicher Röntgenstrahlung besteht das Problem, dass rundherum gesundes Gewebe mitbestrahlt wird und bei diesen Röntgenstrahlen eine gezielte Bestrahlung des Tumors nicht möglich ist. Dagegen versucht man natürlich mit dieser neuen Technologie, mit MedAustron hier Abhilfe zu schaffen.

Denn bei der Bestrahlung des gesunden Gewebes wird dieses natürlich auch einer Schädigung unterzogen. Und bei MedAustron? Bei dieser Anlage, kann auch ein innenliegender Tumor, und das punktgenau, bestrahlt werden. Damit sind die Nebenwirkungen einerseits und die Schädigung durch die Bestrahlung minimiert und der Patient wird dementsprechend auch geschont.

Nach internationalen Studien kann damit beträchtlicher Anteil aller mit den herkömmlichen Strahlen der Therapie nicht heilbaren Patienten erfolgreich behandelt werden. Und nach vorliegen-

den Studien gibt es zur Zeit mehr als 1.200 Patienten und Patientinnen in Österreich die mit dieser Bestrahlungsmethode behandelt werden können.

Mit der Errichtung ergibt sich für Niederösterreich im Besonderen für die Region Wr. Neustadt – und das ist für mich besonders erfreulich – der mit vier Jahren geplanten Errichtungsphase ein Wertschöpfungseffekt von zirka 50 Millionen Euro und ein Beschäftigungseffekt von über 1.100 Personen Vollzeit Arbeitsplätze. Und das ist die Aussage des Tages.

In der Betriebsphase ergeben sich Wertschöpfungseffekte auf Niederösterreich bezogen mit zirka 243 Millionen und ein Beschäftigungseffekt von zirka 450 Arbeitsplätzen pro Jahr. Das, geschätzte Damen und Herren, ist enorm. Vom Bund, dem Land Niederösterreich und der Stadt Wr. Neustadt wurde im Jahr 2005 die MedAustron GmbH zur Durchführung der Ausschreibung gegründet. Wobei 50 Prozent Gesellschaftsanteile vom Bund, 33 Prozent vom Land Niederösterreich und 17 Prozent von der Stadt Wr. Neustadt übernommen wurden.

Im Zuge des Vergabeverfahrens hat sich allerdings gezeigt, dass keines der Bieterkonsortien trotz öffentlicher Förderung von 46,6 Millionen Euro für die Errichtung und von 5,5 Millionen Euro jährlich für den Betrieb bereit war, das verbleibende wirtschaftliche Risiko zu übernehmen. Damit erscheint es als die für das Land Niederösterreich wirtschaftlich sinnvollste Lösung, Tochtergesellschaften des Landes zu gründen, welche die Errichtung und den Betrieb auch übernehmen können.

Dieses Modell bietet den Vorteil, dass das Land einerseits Garant für das Projekt MedAustron ist und andererseits unmittelbaren Einfluss auf das Projekt hat. Damit, geschätzte Damen und Herren, steht einem Jahrhundertprojekt einerseits im Bereich Forschung und andererseits mit Hilfe für Patienten eigentlich nichts mehr im Wege.

Lassen Sie mich bitte noch eines sagen: Für mich zeigt sich der Wohlstand eines Landes nicht gemessen in Autobahnkilometern, sondern welche Möglichkeiten ich in punkte medizinischer Betreuung den Bürgern und Bürgerinnen, unabhängig von reich oder arm, zu bieten habe. Und ich glaube, das sollte uns auch für alle Zukunft den Weg weisen.

Es ist ein guter Weg für Niederösterreich, ein guter Weg für die Region Wr. Neustadt, aber vor allem eine Chance für viele Menschen, weiter leben zu können. Gerne stimmen wir dieser Haftungs-

übernahme natürlich zu. Danke! (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

**Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP):** Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren!

Niederösterreich hat unter anderem immer wieder den Ehrgeiz, überall dort vorne zu sein, wo es um das Land und seine Chancen geht. Und überall dort nahe dran zu sein, wo es um den Menschen und seine Sorgen geht. Dieser Ehrgeiz findet in dem heute auf der Tagesordnung und zur Beschlussfassung vorliegenden Tagesordnungspunkt eine eindrucksvolle Bestätigung. Nämlich dann vorne zu sein, wenn es um ein Projekt geht, das europaweit in den Mittelpunkt gestellt wird und das seinesgleichen sucht. Und dort nahe dran zu sein, wo es um die Sorgen des Menschen geht, sprich um die Gesundheit. Um jene Bereiche abzudecken, die heute leider bei der Geisel der Menschheit, dem Krebs, unoperabel erscheinen.

Und es kommt nicht von ungefähr, dass dieses Projekt MedAustron – und es ist auch kein Zufall – in Niederösterreich platziert wird. Gestatten Sie mir dazu einen Blick zurück. Einen Blick zurück als einer, der von Anbeginn an diesem Projekt mit teilhaben durfte. In den 90er Jahren hat es Abhandlungen gegeben, da gab es zwei große Forschungsprojekte die diskutiert wurden in Österreich. Nämlich auf der einen Seite Austron und auf der anderen Seite Cristalon. Und beide Forschungsprojekte waren in einer Dimension von Mindestinvestitionen 400, 500 Millionen Euro. Und jeder wusste, dass es unreal ist, daran zu denken, dass diese Projekte im kleinen Österreich ohne Beteiligung anderer Länder, dass es unmöglich war, dies zu machen.

Findige Wissenschaftler haben überlegt, wie können wir aus dem großen Projekt ein Teilprojekt machen. Und wo finden wir eine Anlage, die das möglich macht. Und da hat der Zufall geschickt Regie geführt. Insofern, dass es in der Schweiz, beim CERN in Genf eine Möglichkeit gibt, Wissenschaften aus der ganzen Welt, die den Urknall und alle damit verbundenen Problemlösungen und Probleme hinterfragen. Und in diesem CERN gibt es viele Österreicher, die dort Projekte machen. Die tätig sind, die lernen, die lehren. Und unter anderem war das auch Dr. Griesmayer, ein Wr. Neustädter, der mit diesem Wissen angereichert zurück in seine Heimatstadt gekommen ist. Und dieses

Projekt mitinitiiert hat im Wissen, dass es das große Projekt Austron gibt.

Und jetzt darf ich, auch wenn die eine oder der andere in diesem Hause jetzt sagen wird, oje, schon wieder, aber jetzt kommt das Bauchgefühl und die Treffsicherheit des Landeshauptmannes hinzu. Ich war Ende 1999 im November mit dem Landeshauptmann auf einem Betriebsbesuch im RIZ. Und Dr. Griesmayer erzählt dem Landeshauptmann, da gibt's das Projekt MedAustron - das hat er eh gekannt -, und das wäre schön und das wäre gut und das wäre toll. Und der Landeshauptmann hat gesagt, ich hör soviel Geschichten von dem. Wir wissen, dass Austron nicht realisierbar ist. Wieviel brauchen sie Herr Doktor an Mitteln, dass zum Ersten das Projekt MedAustron realisierbar wird und zum Zweiten - im selben Atemzug - in Niederösterreich platziert wird. Der war nicht vorbereitet auf die Frage und hat gesagt, na, Herr Landeshauptmann, mindestens 50 Millionen Schilling. Sagt der Herr Dr. Griesmayer. Wenn sie mir innerhalb der nächsten vier Wochen beweisen können, dass sie mit den Mitteln, mit dem wissenschaftlichen Stab der vorhanden ist, hier diesen Vorsprung Niederösterreichs im Projekt für den Standort und für dieses Projekt nachweisen können, dann werden wir die 50 Millionen beschließen in der Regierung.

Gesagt, getan. Und im Jänner 2000 hat die Regierung einstimmig diese 50 Millionen, die Stadt Wr. Neustadt ist mit 15 dazu gegangen, hat alles dazu getan, um überhaupt den Einstieg in dieses Projekt MedAustron zu gewährleisten. Dann war aber die Sache auch noch nicht geritzt. Denn dann ging es darum, die Grundlagen zu schaffen, wissenschaftlicher Natur auf der einen Seite und politischer Natur auf der anderen Seite. Um jene zu überzeugen, die in Wahrheit mittun müssen. Das ist der Bund in dem Fall, weil es ja kein Niederösterreich-Projekt ist das wir hier diskutieren, sondern ein Österreich- und wenn Sie so wollen ein Europa-Projekt. Weil es nur ein einziges ähnliches Projekt gibt und das findet sich zur Zeit in Errichtung in Heidelberg.

Und das war noch ein langer Weg bis auch die Damen und Herren auf Bundesebene überzeugt werden konnten, dass es sinnvoll ist, nicht nur über 3 Prozent notwendigen Forschungsanteil am BIP zu reden, sondern es auch zu tun. Und daher war es dann im Jahre 2004, Ende 2004 so weit, dass wir mit dem Bund, mit der Stadt Wr. Neustadt als Land Niederösterreich einen Vertrag abschließen konnten, der eben hier die Basis für die Realisierung von MedAustron war.

Und jetzt hat man dann eine Gesellschaft gegründet, wo zwei Geschäftsführer, einer vom Bund, einer vom Land, hier mit dazu aufgerufen wurden, alle Vorbereitungen zu machen um eben über ein entsprechendes Interessentenverfahren die Bieter zu finden, die unter den Rahmenbedingungen die vorliegen, dieses Projekt eben umsetzbar macht. Und da war klar, dass es nicht nur um die medizinische Anwendung geht, sondern hier die klinische und nicht klinische Forschung notwendig ist um den Forschungsteil auch entsprechend zu platzieren.

Und es war von Anfang an klar, dass das Ziel ein PPP-Modell ist. Und es ist nicht so, Frau Kollegin Krismer, dass es keine Interessenten und Angebote gegeben hat. Die hat es sehr wohl gegeben. Ich möchte jetzt auch gar nicht in den Raum stellen, dass es Absprachen gegeben hat, weil nur drei Anbieter im Raum standen. Das wäre nicht in Ordnung wenn man das unterstellt. Aber die Konkurrenzsituation bei einigen wenigen Anbietern ist nicht unbedingt die härteste, um es einmal so zu formulieren. Und natürlich sind einige wenige Anbieter sehr stark im Verhandeln und im Fordern. Und wie man dann plötzlich gemerkt hat, dass sie zwar sehr wohl die Anstoßfinanzierung gerne in Anspruch nehmen, nämlich die 47 Millionen Euro, aber dann Garantien vom Land verlangen was die Preisgestaltung und -fixierung anlangt und was die Anzahl der Patienten anlangt. Obwohl es entsprechend gutes Datenmaterial gibt, wo natürlich jeder Einsicht nehmen kann, aber das werden wir nicht verschicken wie eine Massenpost. Dass also hier alle Grundlagen da sind um seriös ein PPP-Modell umzusetzen, aber die Anbieter von uns, vom Land, Garantien verlangt haben sowohl was den Preis anlangt als auch was das Patientenpotenzial anlangt.

Und wenn man das ein bisschen quantifiziert hat, dann sind unsere Verantwortlichen ..., und die arbeiten nicht ein halbes Jahr, drei Monate, an diesem Projekt, sondern jahrelang. Dieses Projekt hat ja, wie ich schon erwähnt habe, eine lange Vergangenheit, ist auch sehr intensiv wissenschaftlich unterschiedlich diskutiert worden da bin ich bei Ihnen. Da gibt es natürlich Wissenschaftler, Radioonkologen, die dem nicht zur Gänze das Wort reden, die gerne was anderes forciert hätten. Es gibt im medizinischen Bereich Verschiedene, die sagen, setzt nicht auf Radioonkologie. Wir hätten ganz andere Methoden um eben auch Krebs bekämpfend positiv unterwegs zu sein. Aber irgendwann muss man sich entscheiden und muss sagen, man glaubt an dieses Projekt. Und das ist eben ein Menschen helfendes Projekt und ein entsprechendes Forschungsprojekt.

Und wie die Verantwortlichen im Haus dann festgestellt haben, wäre es in Wahrheit sinnvoll, unter den Rahmenbedingungen, die im Moment im Raum stehen, wenn wir schon das Risiko ausgelagert ins Land bekommen, dass wir da das Projekt selbst in die Hand nehmen. Natürlich jetzt unter besseren Bedingungen. Weil wir jetzt nicht nur mehr drei Anbieter für partielle Bereiche haben, sondern mehr Anbieter. Jetzt natürlich wird der Markt ein größerer, weil logischerweise ein Anbieter nicht mehr ein Projekt mit 160, 170 Millionen zu verantworten hat, sondern Teilbereiche angeboten werden können. Und damit öffnet sich eine breitere Angebotspalette und ein besserer Markt für den Investor und später dann Betreiber.

Das heißt, wir haben damit auch einer regionalen und wenn Sie wollen bundespolitischen Akzent gesetzt, weil hier mehr mögliche Partner sich einbringen können um eine Umsetzung zu gewährleisten und wir nicht mehr nur angewiesen sind auf die großen Global Players. Sondern eben hier die Möglichkeit haben, auf einer Ebene, auf Augenhöhe mit Unternehmen hier nunmehr in Kontakt zu treten, die sich einbringen, die Angebote einbringen um eben das zu erreichen was wir wollen: Ein Projekt, das wirklich den heutigen Beschluss zu einem historischen Beschluss hebt.

Weil die Haftung in der Größenordnung ist ein Teil des Gesamtprojektes. Das heißt, aus der Haftung ausgenommen sind die Beiträge des Bundes, des Landes und der Gemeinde und nur der Drittmittelbereich ist hier im Haftungsrahmen enthalten. Nicht nur weil hier in der Holding - ich würde sagen, „nicht nur“ ist überhaupt falsch ausgedrückt, sondern der Grundgedanke ist, dass die Finanzierung unter Rahmenbedingungen erfolgt, dass sich das Projekt schneller rechnet. Und hier gibt es natürlich einen Businessplan.

Man geht davon aus, dass die Liquidität schon nach dem zweiten Jahr gegeben ist. Und man geht davon aus, dass im Vollbetrieb - ich würde sagen, vier bis sechs Jahre, man soll sich da nicht zu eilig festlegen - bereits 2 bis 4 Millionen G u. V-Überschüsse erwirtschaftet werden können. Und wenn dieser realistische Verlauf, der dem Businessplan zugrunde liegt, kommt, dann wird man in 22 Jahren von einer vollkommenen Tilgung reden können.

Ich möchte bei der Gelegenheit danken. Ich möchte jenen Herren danken, und zufällig oder leider sind es Männer, das mein' ich jetzt gar nicht gendernmäßig, sondern das ist halt ein Zufall, dass diese Wissenschaftler und Beamten hier entspre-

chend ... Bei euch muss man ja aufpassen. Da wird man ja gleich in ein falsches Eck gedrängt. Daher bin ich da vorsichtig in der Formulierung. Dass ich diesen Männern wirklich danke. Dass ich sie beim Namen nenne und mich bedanke.

Das ist zum Einen der Dozent Dr. Griesmayer und sein Team. Das sind die Verantwortlichen der PEG MedAustron Gesellschaft, Dkfm. Krendlberger und Dr. Schima, die heute hier anwesend sind. Und ich sehe da hinten ganz wesentliche Köpfe. Einen Landeshauptmann - ähnlichen, den Mag. Bartmann, und den Dr. Meißl. Der Bartmann kann keine grauen Haare mehr bekommen, aber der Dr. Meißl hat sie sich wahrscheinlich gefärbt, weil er müsste schon graue Haare haben nach den Problemen, die in den letzten Jahren gerade auch in dieser Problematik auf all die Herren zugekommen sind. Weil wir reden uns ja locker und sagen „120 Millionen Haftung“. Die Verantwortung liegt natürlich auch bei den Beschlussfassenden, aber in Wahrheit bei jenen Damen und Herren, die die Umsetzung und damit die unmittelbare Verantwortung für dieses Projekt haben! Auch im Umfeld Prof. Pötter und Aubauer, die hier auch sich eingebracht haben. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen.)*

Die Arbeitsplatzproblematik im Positiven wurde von den Vorrednern schon angesprochen. Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, der die Herausforderung es selbst zu machen, entsprechend unterstrichen hat. Das ist das Faktum, dass, wenn wir schon ein so ein Forschungsprojekt machen – und das war bei den privaten Anbietern nicht wirklich spürbar – dann soll es ein großartiges, nachhaltiges Forschungsprojekt auch sein. Nicht nur ein Projekt, wo man erwartet, dass bei der medizinischen Behandlung und medizinischen Anwendung auch Geld zurückfließt. Das ist positiv. Aber in Wahrheit geht es auch um die Forschung im großen Maße als Chance für uns, für diesen Standort, für Österreich und Europa zu platzieren.

Und dazu ist eine Voraussetzung der Hochenergiestrahl und der Sekundärstrahl, was immer ... Ich bin kein Physiker und kein Techniker. Hier geht es einfach darum, dass die Wertigkeit, die Kraft, die Energie dieses Strahls so stark ist, im Gigabereich, dass eben hier Forschungen Platz bekommen die unter anderen Rahmenbedingungen einfach nicht möglich wären.

Nachdem ich mitbekommen habe, dass alle Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt am heutigen Tage grundsätzlich positiv waren, gehe ich davon aus, dass wir eine einstimmige Beschlussfassung für diesen Tagesordnungspunkt

bekommen. Und ich möchte mich im Vorfeld und im Vorhinein schon dafür bedanken. Weil ich wirklich glaube, dass das eine historische Entscheidung ist. Und jetzt rede ich gar nicht aus dem Lokalkolorit Wr. Neustadt. Das wäre viel zu kleinkariert, das in dieser Region anzudenken und zu belassen. In Wahrheit ist das für Österreich, für Europa ein Quantensprung im Forschungsbereich, ein Quantensprung im medizinischen Bereich! Und bitte nicht vordergründig zu glauben, dass das geschieht, weil wir ein Jahr vor der Wahl stehen. Bitte, das ist lächerlich! Das ist seit Jahren in der Pipeline. Und jetzt ist eben die Situation, dass der heutige Beschluss notwendig ist.

Und wenn das zwei Monate vor der Wahl oder drei Monate nach der Wahl gewesen wäre, hätten wir es genauso machen müssen, wenn wir wollen, dass Niederösterreich weiter vorne bleibt. Wenn es um das Land und seine Chancen geht und ganz nah am Menschen ist. In diesem Sinne bedanke ich mich jetzt schon für die Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

**Berichterstatter Abg. Dr. Prober (ÖVP):** Ich verzichte!

**Präsident Mag. Freibauer:** Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 808/H-1/2:)* Ich stelle fest, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es liegt ein Resolutionsantrag vor der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Dr. Petrovic, Mag. Fasan und Weiderbauer zu Ltg. 808/H-1/2. Ich lasse über diesen Resolutionsantrag abstimmen. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Ich stelle fest, dafür gestimmt hat der Grüne Klub und Abgeordneter Waldhäusl. Die Abgeordneten des ÖVP-Klubs und des SPÖ-Klubs haben dagegen gestimmt. Der Resolutionsantrag ist abgelehnt.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Hintner, die Verhandlungen zu Ltg. 809/A-1/74 einzuleiten.

**Berichterstatter Abg. Hintner (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte über Ltg. 809/A-1/74 betreffend Antrag des Schulausschusses betreffend Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes.

Der Antrag ist den Abgeordneten bekannt, so dass ich zum Antrag direkt kommen kann *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dworak u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Sehr geehrter Herr Präsident, ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung im Anschluss vorzunehmen.

**Präsident Mag. Freibauer:** Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Eine Änderung des Schul- und Kindergartenfondsgesetzes liegt zur Beschlussfassung vor. Die Begründung ist, einen Fehlbestand an mittleren und höheren Schulen auszugleichen. Es ist eine positive Sache. Mehr Schulen, mehr Bildung ist etwas Gutes. Mehr Bildung kann Arbeitsplätze schaffen und kann Arbeitsplätze sichern. Ist in Ordnung. Und dieses Modell das jetzt hier zur Beschlussfassung vorliegt, sieht ja insbesondere vor, die Förderrichtlinien insofern abzuändern, dass die Möglichkeit besteht, hier gemeinsam mit dem Bund, der die Personalkosten zu tragen hat, die Gemeinde, die sich verpflichten muss, kein Schulgeld einzuheben und auch das Grundstück kostenlos zur Verfügung zu stellen hat ... Hier mit diesem Antrag ist eine Variante gegeben, wo man sinnvollerweise wirklich Schulen schaffen kann wo sie benötigt werden.

Ich betone, wo sie benötigt werden. Wenn ein Fehlbestand ist ja, ansonsten glaube ich, sind wir uns alle einig: Es bringt nichts, mehr Schulen ins Leben zu rufen, wenn dort wirklich nicht punktuell oder regional der Bedarf auch gegeben ist. Denn dann würde man, wenn man nicht auch gleichzeitig die Arbeitsplätze in den Regionen hat, Abwanderung produzieren, was wir nicht möchten.

Ich werde dem gerne zustimmen, aber trotzdem abschließend noch etwas dazu sagen, das mir auch sehr am Herzen liegt. Auch wenn es nicht unbedingt hundertprozentig zur Sache passt, aber vergessen wir, wenn wir mehr Bildung, mehr Schulen fordern, nicht auch jene Bildung, die wichtig ist für jene, die Facharbeiter werden. Vergessen wir unsere Lehrlinge nicht!

Genauso wichtig ist es, dass wir uns anstrengen und Anstrengungen unternehmen, hier Lehrstellen für unsere Jugendlichen sicherzustellen. Und neben den Lehrstellen auch Arbeitsplätze.

Auf der einen Seite ist die Bildung ganz, ganz wichtig. Je höher gebildet die Menschen sind, desto besser ist es. Es gibt aber auch den grundlegenden Bedarf an Facharbeitern, den haben wir. Und ein Land soll man nicht nur immer an den Kennzahlen der Leute die studieren oder höhere Abschlüsse haben messen, sondern auch daran, wie viele Facharbeiter es gibt. Und da, glaube ich, sollte wir in Zukunft nicht vergessen oder uns noch mehr anstrengen, auch die Lehrstellen ins rechte Licht zu rücken. Ins bessere Licht, damit nicht hier irgendwo einseitig man sagen könnte, na denen ist nur wichtig, dass die Leute eine hohe Bildung haben. Auch Facharbeiter sind gebildete Leute.

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

**Abg. Weiderbauer (Grüne):** Herr Präsident! Hohes Haus!

Auch wir stimmen sehr gerne der Änderung dieses Schul- und Kindergartenfondsgesetzes zu. Wir sehen es als sehr positiv an, dass man sich darauf geeinigt hat, das Gesetz zu ändern und nicht nach Bedarfszuweisungen zu gehen. Und wir nehmen auch zur Kenntnis, wie mir im Ausschuss mitgeteilt wurde, dass der Wunsch ja von den Gemeinden kommt. Und daher es sinnvoll ist - und wir schließen uns der Meinung an - dass auch hier mit den Gemeinden verhandelt wurde und das in ihrem Sinne beschlossen wurde.

Obwohl, in gewisser Weise könnte man ja meinen, dass es ein bisschen mit Anlassgesetzgebung zu tun hat, weil ja in den Medien mittlerweile schon wieder groß propagiert wird, es gibt eine Gymnasienoffensive. Und es ist ja heute schon von den bevorstehenden Landtagswahlen gesprochen worden: Eignet sich sicher auch gut dafür, dieses Thema. Was mir noch ein bisschen abgeht und auf das warte ich eigentlich schon, das ist diese Werbekampagne, die es bei der Klassenschülerinnenhöchstzahlensenkung gegeben hat auf Kosten des Steuerzahlers. Die geht mir jetzt ein bisschen ab. Vielleicht kommt sie noch. Dass Landeshauptmann für sich in Anspruch nimmt per Plakaten dass es diese Gymnasienoffensive geben wird und wie gut das für unser Land ist. Ja, aber es kostet sehr viel Geld und kann trotzdem kommen.

Alles was die Förderrichtlinien anbelangt hat der Kollege Waldhäusl schon angeführt, wir schlie-

ßen uns an. Was wir derzeit noch nicht wissen, nachdem ja schon kolportiert wird es gibt drei neue Schulen und es gibt in zwei Schulen zusätzliche Klassen, was das Ganze kosten wird. Und ich gehe davon aus, wenn das jetzt bei diesen drei neuen Schulstandorten und bei den neuen Klassen passiert, dass auch andere kommen werden und sagen, ja, ihr habt jetzt ein neues Gesetz, das passt, wir brauchen eigentlich in unserem Standort oder in unserer Region auch neue Gymnasien. Und so können wir uns das eventuell leisten.

Ein Kernsatz in diesem Gesetz ist für mich oder für uns auch sehr wichtig. Da steht drinnen, um ein generell höheres Bildungsniveau zu erreichen sind derartige Vorhaben begrüßenswert. Selbstverständlich sind auch wir für ein höheres Bildungsniveau, das muss steigen! Wir haben das teilweise auch immer kritisiert. Und es hat geheißen, das Schulsystem, das Bildungsniveau, alles ist in Ordnung. Das bedeutet mehr Maturantinnen, das ist auch gut so. Die Akademikerinnenrate in Österreich ist ohnehin zu gering. Nur, wenn man jetzt flächendeckend in Niederösterreich berufs- und allgemeinbildende mittlere und höhere Schulen installiert, dann muss man sich auch darüber Gedanken machen, was passiert dann mit den Hauptschulen? Denn überall dort wo Gymnasien sind, gibt es boomende Gymnasien, wo jetzt noch dazu, wenn die Klassenschülerinnenhöchstzahlen auch dort in den ersten Klassen gesenkt werden auf 25 – was auch sehr positiv ist – die Leute nicht mehr wissen, in welche Räumlichkeiten sie ihre Schülerinnen unterbringen sollen.

Auf der anderen Seite habe ich die Hauptschulen, die ausgedünnt werden. Und die wissen nicht mehr, wo kriegen sie ihre Schülerinnen her. Bestes Beispiel oder leider ein Beispiel jetzt Maria Enzersdorf und Brunn. Da wird ja intensiv diskutiert, sollen wir die Schule schließen oder sollen wir sie nicht schließen. Ich gehe davon aus, dass ein Jahr vor der Landtagswahl keine Schule geschlossen wird. Obwohl es vielleicht ökonomische oder auch pädagogische Gründe gäbe das zu tun. Das wird man sich noch und frau sich noch anschauen müssen.

Die chaotische Diskussion, die im Moment medial abläuft geht natürlich wieder auf Kosten der Schülerinnen, der Eltern. Ich hätte gedacht, dass man sich vorher schon zusammen setzt, das dementsprechend seriös durchdiskutiert. Und dann Entscheidungen trifft, die dann erst in den Medien kolportiert werden und nicht schon vorher. *(Beifall bei den Grünen.)*

Abschließend, wenn ich Probleme damit löse, dass ich diese Standortsicherung sozusagen von neuen Gymnasien ermögliche durch dieses Gesetz, dann habe ich dieses Problem in diesen Regionen gelöst. Das ist berechtigt, da sind wir auch dafür. Nur darf man dabei nicht übersehen, dass wir in anderen Bereichen, und ich fang jetzt ganz kurz noch einmal an im Kindergarten, wir brauchen mehr interkulturelle Mitarbeiterinnen. Wir brauchen eine Sprachoffensive, die auch diesen Namen verdient. Und da gibt's dankenswerterweise private Projekte, die sich dieser Problematik annehmen und sehen, in Ballungszentren ist es einfach ein Problem wenn ich viele Schülerinnen mit Migrantinnenanteil habe. Und das muss ich lösen damit ich diese Probleme nicht weiter in die Hauptschule, in die Unterstufe, in die Gymnasien schleppe.

Also hier fehlt es auch an Geld. Hier muss auch unterstützt werden. Und hier sollte sich noch einiges tun. Der Kollege Waldhäusl hat die Lehrlingsproblematik angeschnitten. Ich habe das auch auf meinem Spickzettel stehen. Auch hier bin ich nicht mehr ganz sicher, ob die Vorgangsweise oder die Situation wie sie jetzt ist mit Polytechnischer Schule und dualer Ausbildung noch immer das zeitgemäß beste Modell ist. Auch hier sollte man sich in Richtung Ganztagsberufsschulen etwas überlegen. Und dazu ein abschließender Satz. Es steht sehr viel in unserem grünen Bildungsprogramm drinnen, das auch große Relevanz für Niederösterreich hätte. Bitte schauen Sie sich das an. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dworak.

**Abg. Dworak (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Bildungspolitik ist Chancenpolitik. Und deshalb haben unsere Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt aller zukünftigen, notwendigen Maßnahmen zu stehen. Und deshalb ist auch verstärkt in diesem Bildungsbereich zu investieren. Hochwertige Bildungsangebote und bestmögliche Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Kinder und Jugendlichen in Niederösterreich sind dabei, glaube ich, die beste Investition in unsere Zukunft.

In Niederösterreich gibt es derzeit einige Regionen und auch Bezirke, die einen krassen Fehlbestand an mittleren und höheren Schulen haben. Und deshalb haben sich Gemeinden bereiterklärt, Gymnasien zu errichten, wie zum Beispiel meine Heimatstadt Ternitz im Verwaltungsbezirk Neun-

kirchen, wo derzeit für 85.000 Einwohner nur ein Oberstufengymnasium zur Verfügung steht. Wie auch die Gemeinden Deutsch Wagram und Neulengbach. Und darüber hinaus ist es notwendig, an der AHS Korneuburg zu den bestehenden drei Klassen eine zusätzliche Klasse anzubieten, ebenso wie an der AHS in Gänserndorf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Wenn wir heute in Niederösterreich eine höhere Akademikerquote anstreben ist es sicherlich auch parallel dazu notwendig, die Strukturen und Voraussetzungen zu schaffen, mehr Jugendlichen die Möglichkeit eines Maturaabschlusses zu geben. Und so ist es begrüßenswert, dass sich Gemeinden für solche Bildungseinrichtungen einsetzen und vorerst in Vorlage treten. Es ist aber grundsätzlich nicht die Aufgabe von Gemeinden, Gymnasien zu errichten oder gar zu führen. Das ist allemal Aufgabe des Bundes. Und das ist auch für die Gemeinden eine nicht zumutbare finanzielle Belastung.

Es ist daher notwendig, dass das Land Niederösterreich diese Initiativen sowohl finanziell als auch organisatorisch unterstützt. Also einerseits bei den Baukosten bis zur Übernahme durch den Bund, bei der Errichtung, als auch bei den Verhandlungen mit dem Bildungsministerium zwecks Übernahme dieser Schulen nach Ausscheiden des ersten Maturajahrganges.

Die Gemeinden haben mit der Zurverfügungstellung eines Baugrundstückes einen finanziell überschaubaren Beitrag zu leisten. Und auch die sozialdemokratische Forderung, dass der Zugang zur Bildung kostenlos sein soll, dass jegliche Form des öffentlichen Bildungssystems unabhängig von der sozialen oder wirtschaftlichen Ausgangssituation des Schülers zur Verfügung stehen muss, also kein Schulgeld eingehoben wird, zeigt schon bildungspolitischen Weitblick der Verantwortlichen.

Durch die Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes wird heute die Möglichkeit geschaffen, diese Bildungsinitiativen der genannten Gemeinden durch das Land Niederösterreich unterstützen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man bedenkt, dass rund 80 Prozent der Maturanten den Weg über unser gutes Hauptschulwesen in Niederösterreich gehen, eröffnen die neuen Oberstufengymnasien für die Hauptschulabgänger zusätzliche Bildungschancen auch fürs Berufsleben. Und es ist dies, glaube ich, ein sehr wichtiger Schritt nach vorne in der niederösterreichischen Bildungspolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nachdem die jahrelange Forderung von uns Sozialdemokraten nach Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 nun endlich umgesetzt wurde, passen wir heute das NÖ Schulsystem an die zukünftigen Anforderungen an. Aber dabei ist mir eines zu betonen sehr wichtig: Es geht gerade im Schul- und Bildungsbereich nicht um die Durchsetzung irgendwelcher Ideologien, sondern darum, das beste Schulsystem, die besten Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Jugend zu schaffen. Denn von ihrer Ausbildung hängt die Zukunft unserer Gesellschaft ab. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hoher Landtag! Die Gemeinden fordern zu Recht von Land und Bund immer wieder mehr Unterstützung und sind dabei oft nicht immer die angenehmsten und geduldigsten Gesprächs- und Verhandlungspartner. Sie erlauben mir daher in meiner Funktion als Bürgermeister meine Anerkennung, meinen Dank auszusprechen dem Land Niederösterreich, dem amtsführenden Präsidenten Hermann Helm, der an und für sich in fünf Wochen mehr weiter gebracht hat gemeinsam mit der neuen Bildungsministerin Dr. Claudia Schmidt als zuvor Gehrer und Stricker. Ich sage auch Dank natürlich der Ministerin Schmidt, die auf unbürokratische Weise die Lehrerkosten übernommen hat. Ich sage auch Dank heute dem Klaus Schneeberger, der in den rund vier Jahren in dem ich mit ihm hier verhandeln durfte, nunmehr endgültig ergraut ist, aber wo ich glaube, hier eines sagen zu dürfen ... *(Beifall bei der SPÖ.)* Dass es für die niederösterreichische Südregion, für die Umsetzung eines wichtigen Forderpotenzials im WIN-Prozess hier eine große Bedeutung hat, dass wir vor allen Dingen als Nutznießer unsere Kinder und Jugendlichen sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um nachhaltige Entwicklungen zu sichern, bedarf es verstärkter Investitionen im Bildungsbereich. Das ist ein wichtiges Anliegen, das von uns Sozialdemokraten unterstützt wird. Und deshalb werden wir auch der vorliegenden Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Ing. Hofbauer.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Nowohradsky.

**Abg. Nowohradsky (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wir haben in den letzten Monaten einige schulpolitische Diskussionen hier im NÖ Landtag abgeführt. Eine davon war, die Bildungsregionen in Niederösterreich schaffen, wo durchaus auch Kritik von einigen gekommen ist. Die sich aber, glaube

ich, bewährt haben diese Bildungsregionen. Auf der einen Seite, wie ich gesagt habe ein bildungspolitischer Meilenstein - da wirst vielleicht nicht mehr so herumtauchen - nämlich die 25er Zahl in den Klassen. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Ich verstehe die Aufregung nicht. Das haben wir gemeinsam beschlossen im NÖ Landtag. Wieso gibt's diese Aufregung? Ich seh das sehr gelassen. Das hat euch ein bisschen gestört, die 25er Zahl, ich weiß das.

Heute finden wir in diesem Bereich, im bildungspolitischen Bereich natürlich auch jene Situation, wo wir auf einen höheren Ausbildungsgrad in Niederösterreich Wert legen. Nämlich dass die Möglichkeit besteht, die Matura auch als Form der Weiterbildung vor Ort zu haben. Und ich gehe vollständig mit jenen konform die sagen, die Matura muss nicht für alle erstrebenswert sein, sondern wir haben auch in sehr vielen anderen ausbildungspolitischen Bereichen sehr viel noch zu tun, aber – und das Erfreuliche dabei ist, dass wir auch ein sehr gutes Angebot haben, gerade bei den Lehrlingen. Wenn wir schauen, wie viele toll geführte Betriebe wir haben in Niederösterreich und auf der anderen Seite die duale Ausbildung sehr gut funktioniert mit den Berufsschulen, Landesberufsschulen, die wir durchaus auch herzeigen können. Zum Beispiel bei mir in unmittelbarer Nähe die Landesberufsschule der Installateure, ein ganz moderner Betrieb, der hier ganz hervorragend funktioniert.

Und jetzt ist es darum gegangen, in Niederösterreich auch in jenen Bereichen, wo es Druckpunkte gegeben hat, und da gehe ich durchaus auch konform mit meinem Vorredner, der genau dasselbe Problem in seiner Region hat, nämlich zirka 90.000 Einwohner. Bei uns im Bezirk Gänserndorf haben wir es in ähnlicher Form, und es gibt nur eine Ausbildungsstätte für die Matura bzw. eine AHS.

Und hier war die Überlegung schon auch, machen wir der Hauptschule in den eigenen Bereichen Konkurrenz oder schauen wir, dass wir die Hauptschulen auch aufwerten? Und ich glaube, mit dieser Tatsache, dass wir drei neue Oberstufenrealgymnasien in Niederösterreich erhalten, werten wir natürlich die Hauptschule auf. Sie wird aufgewertet insofern als man sagt, es ist keine Sackgasse, sondern gerade mit dieser Form der Schule kannst du weiter machen. Kannst auf dem kürzesten Weg zur Matura gelangen mit den verschiedensten Richtungen. Denn die Oberstufe des Realgymnasiums ist eine Sonderform wo man durchaus verschiedene Zweige einführen kann, wo auch Schulversuche angesagt sind um eben nicht nur den Run auf die

HTLs zu sehen und die HAKs, sondern auch in diese Richtung.

Es ist heute schon die Zahl genannt worden: 75 bis 80 Prozent. 75 bis 80 Prozent unserer Maturantinnen und Maturanten sind in der Hauptschule gewesen! Das heißt also, eine Schulform, die herzeigbar ist und die auch die Leute gut ausbildet und vorbereitet auf das Leben. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Cerwenka: Das ist eine schwache Begründung!*)

Ich gehe nicht mit jenen konform die sagen, wir brauchen noch mehr Unterstufen-AHS. Es war sogar einmal eine Diskussion, in der man gesagt hat, wir bauen nur eine AHS-Unterstufe. Ich muss einmal sagen, eine AHS ist bitte eine Langform! Sie ist dazu da, dass der Schüler oder die Schülerin auf dem kürzesten Weg zur Matura kommt. Aber sie ist nicht dazu da um vielleicht bis zur vierten Klasse zu gehen und dann irgendwo anders eine Schule zu besuchen. Natürlich kann man auch die AHS in dieser Form besuchen. Aber schlussendlich ist sie dazu da, die Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur achten Klasse zur Matura zu bringen. Und daher ist es sehr wichtig, dass wir auch mit diesen drei Schulen in Deutsch Wagram, Ternitz, Neulengbach auch die Hauptschulen stärken. Und ich bin überzeugt, dass es eine Stärkung ist.

Damit es aber dazu kommt, und darauf haben meine Vorredner schon hingewiesen, gibt es die Möglichkeit, jetzt seit neuestem, oder seit heute wenn wir den Beschluss fassen im NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetz, dass wir auch seitens des Landes das unterstützen. Wobei ich aber auch sage, es sind ja nicht nur Landesmittel, sondern es sind ja beim Schul- und Kindergartenfonds auch Gemeindemittel dabei. Daher ein Dankeschön den Gemeinden die sagen, wir helfen in schwierigen Situationen. Und das ist eine politisch schwierige Situation wenn in manchen Bereichen einige Schulen fehlen.

Wir helfen auch den anderen Gemeinden, nicht nur im Pflichtschulbereich, sondern auch im Bundesschulbereich. Es ist nicht Aufgabe, das ist heute schon gesagt worden, der Gemeinden, im Bundesschulbereich zu arbeiten. Auf der anderen Seite machen wir als Gemeinden das gerne. Und zwar für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger! In diesem Sinne freue ich mich auf einen gemeinsamen Beschluss heute zum NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetz. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka.

**Abg. Cerwenka (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wenn ich unmittelbar anschließen darf, ich bin ja sehr froh, dass die ÖVP in letzter Zeit lernfähig geworden ist was die Frage der Klassenschülerhöchstzahlen betrifft. (*Beifall bei der SPÖ und den Grünen.*) Und ich habe es ja bei meiner letzten Rede zu der Thematik schon angesprochen: Es gibt noch viele Dinge, die gemeinsam zu lösen sind. Das war einmal ein gutes Beispiel. Und ich glaube, auf dem Weg können wir durchaus weiter machen.

Wir haben mit dem heutigen Thema einige notwendige Lösungen gefunden. Und weil zuvor angesprochen war die Konkurrenzsituation zwischen den allgemein bildenden Pflichtschulen bzw. höheren Schulen. Das mit den 70, 80 Prozent Hauptschule, das stimmt schon. Das stimmt für den ländlichen Bereich. Im städtischen Bereich ist es genau umgekehrt. Und was die Konkurrenz jetzt betrifft, ist diese im gegebenen Fall nicht vorhanden, nachdem ums ORG geht. Um Oberstufenformen, um Kurzformen und damit in Wirklichkeit um die Nahtstelle zu den allgemein bildenden Pflichtschulen, sprich Hauptschulen. Die in Wirklichkeit perfekt gesetzt sind, damit die Chance haben, Wege zu kürzen, mehr Leute zu höheren Bildungsabschlüssen zu bringen. Und genau das muss ja unser Ziel sein.

Und ich bin dafür, dass wir nicht nur Reaktionen setzen, sondern dass wir aktiv und strukturiert vorgehen. Wir haben jetzt einige Dinge anstehen, gemeinsam durch die Bundeskonstellation, wo im Regierungsübereinkommen viele Themen in naher Zukunft umgesetzt werden, die die Bildungslandschaft, wo sich jetzt viele Jahre relativ wenig getan hat im negativen Sinn, wieder ins positive Fahrwasser zu bringen. Und wo auch Tabus aufgebrochen werden um zu zeitgemäßen Lösungen zu kommen. Denn wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass es permanent gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Veränderungen gibt und auch die Bildungslandschaft darauf reagieren muss.

Da komm ich schon zum eigentlichen Kern der Thematik. Wenn ich zuerst vom strukturierten Vorgehen gesprochen habe, dann geht's mir auch darum, klare Zielformulierungen für die Zukunft für das Bundesland Niederösterreich zu finden. Denn es stehen Thematiken an wie die Frage der Schulsprengel, wie die Neuorientierung der Bildungsregionen, wo eine Evaluierung durchaus angesagt ist und klar auf dem Tisch liegt, dass die Anzahl, die Ausrichtung nicht die optimale ist. Denn wenn ich alleine vergleiche Burgenland hat drei Bildungsre-

gionen und ist in etwa so groß wie der Bereich Amstetten. Und wir haben fünf. Also da muss man ohne weiteres dieses Thema neu behandeln ohne Vorbehalte.

Wir brauchen auch einen Ausgleich regionaler Ungleichgewichten was Bildungszugänge betrifft. Wir müssen uns neu orientieren was alles im Verwaltungsbereich geändert wird, wie die Frage der Schulpartnerschaft für die Zukunft zu sehen ist. Und daher ist es mir wichtig, diese Zielformulierungen auch gemeinsam für das Bundesland Niederösterreich zu erarbeiten. Und ich weiß aus anderen Bundesländern, dass bereits in die Richtung eines Landesbildungsplans, eines Landesbildungskonzepts gearbeitet wird. Mir sind Aktivitäten aus Salzburg, Aktivitäten aus dem Burgenland in dieser Richtung bekannt. Und ich denke mir, so eine Konzeption, wie wir sie ja vor einigen Jahren auch im Kulturbereich gemeinsam erfolgreich bewerkstelligt haben wird auch für unser Bundesland unabdinglich sein. Und da geht's wirklich um den Bildungsbereich vom Kindergarten bis zu den Universitäten, um den Erwachsenenbildungsbereich, alle Teile der Weiterbildung. Denn wenn wir all diese Dinge mit einbeziehen in eine Konzeption, dann schaffen wir die Grundlagen nicht nur für die Gegenwart, sondern in Wirklichkeit für die Zukunft. Daher erlaube ich mir einen Resolutionsantrag einzubringen (*liest:*)

#### „Resolutionsantrag

des Abgeordneten Cerwenka zum Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dworak u.a. betreffend Änderung des NÖ Schul- und Kindergartenfondsgesetzes, Ltg. 809/A-1/74, betreffend Erarbeitung eines Landesbildungskonzeptes.

Ein hochwertiges Bildungssystem ist eine der wesentlichsten Grundlagen für eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes. Die letzte größere Strukturänderung im Pflichtschulbereich gab es in Niederösterreich mit der Schaffung der Bildungsregionen und der Einsetzung von Bildungsmanagern, die jedoch nach ersten Erfahrungen bereits wieder einen Evaluierungsbedarf aufweisen. Danaben gibt es auch immer wieder Interessenskonflikte zwischen den Eltern und den Schulerhaltern im Bereich der Schulsprengel der allgemeinbildenden Pflichtschulen.

Mit den aktuellen Lösungsansätzen zur Schaffung neuer Standorte für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen sollen regionale Defizite bei der Ausstattung des Landes mit höheren Schulen ausgeglichen werden. Diese Bei-

spiele zeigen sehr deutlich, dass es zweckmäßig und notwendig erscheint, eine landesweite Planung der Strukturen in allen Bildungsbereichen in Form eines Landesbildungskonzeptes zu schaffen. Daneben sind auch auf Bundesebene Reformen im Verwaltungsstrukturbereich vorgesehen, die in einem Landesbildungskonzept ihren Niederschlag finden müssten.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung und unter Einbindung der betroffenen Interessensgruppen und der politischen Entscheidungsträger ein niederösterreichisches Landesbildungskonzept erstellen zu lassen und dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Ich glaube, dass das ein notwendiger Schritt ist und erlaube mir daher auch alle Fraktionen einzuladen und zu ersuchen, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Nowohradsky.

**Abg. Nowohradsky (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf ganz kurz Stellung nehmen zu dem Resolutionsantrag der hier in der letzten Minute eingebracht wurde. Ich finde es befremdlich, wenn man einen derartigen Resolutionsantrag, der für die Zukunft im Bildungsbereich in Niederösterreich eventuell in irgendeiner Form ausgerichtet werden soll, in der letzten Minute einbringt. Und daher kann ich versichern, dass wir diesem Resolutionsantrag – nicht inhaltlich, aber schon aus der Form heraus wie er eingebracht wurde – nicht zustimmen werden. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Cerwenka: Das ist eine schwache Begründung!)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

**Abg. Weiderbauer (Grüne):** Herr Präsident! Hohes Haus!

Uns geht's ähnlich. Ich verstehe nicht, wenn so ein inhaltlich wirklich auch guter Antrag gestellt wird, was hindert euch daran, den uns rechtzeitig zu schicken? Sodass wir uns das anschauen können und darüber diskutieren können und dann sagen, wir stimmen freudig zu oder auch nicht oder wie auch immer. Bei uns ist es üblich, wenn wir Resolutionsanträge stellen, dass die rechtzeitig zur

Verfügung gestellt werden. Vielleicht gehen wir sogar drauf auf den Antrag. Aber wenn ich den jetzt kurz vorher bekomme, einmal gerade drüberlesen kann, ist es relativ schwierig. Tut mir leid! *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Der Herr Abgeordnete Waldhäusl ist am Wort.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Werter Herr Präsident! Werte Kollegen!

Auch ich nehme noch kurz Stellung zu diesem Antrag: Er ist wirklich sehr schnell zu lesen und auch sehr schnell in Erfahrung zu bringen worum es geht. Und ich finde ihn sehr gut und ich würde dem gerne beitreten. Ich habe kapiert worum es geht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

**Berichterstatter Abg. Hintner (ÖVP):** Ich verzichte!

**Präsident Mag. Freibauer:** Er verzichtet. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Schul-Ausschusses, Ltg. 809/A-1/74:)* Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Cerwenka. Herr Abgeordneter Waldhäusl hat den Wunsch geäußert ob er beitreten darf? Er darf also beitreten. Daher Antrag der Abgeordneten Cerwenka, Waldhäusl. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Ich stelle fest, es stimmen zu die Abgeordneten des SPÖ-Klubs, des Grünen Klubs und der Abgeordnete Waldhäusl für die Freiheitlichen. Dagegen stimmen die Abgeordneten des ÖVP-Klubs. Der Antrag ist abgelehnt.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 784/B-44/3, Ltg. 802/A-1/73 und Ltg. 801/A-1/72 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche zuerst Herrn Abgeordneten Mag. Wilfing zu Ltg. 784/B-44/3, danach Herrn Abgeordneten Mag. Riedl zu Ltg. 802/A-1/73 und anschließend Herrn Abgeordneten Mag. Stiwicek zu Ltg. 801/A-1/72 zu berichten.

**Berichterstatter Abg. Mag. Wilfing (ÖVP):** Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu den Rechnungsabschlüssen und Tätigkeitsberichten des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds, Bereich Gesundheit und Soziales für das Jahr 2005.

Die Abschlüsse und Berichte liegen Ihnen vor. Daher komme ich gleich zum Antrag (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsabschlüsse und Tätigkeitsberichte des Niederösterreichischen Gesundheits- und Sozialfonds Bereich Gesundheit und Soziales für das Jahr 2005 wird zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

**Berichterstatter Abg. Mag. Riedl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Lembacher u.a. betreffend Änderung des NÖ Gesundheits- und Sozialfondsgesetzes 2006 – Geschäftsstelle.

Das Land Niederösterreich hat den Trägergemeinden mit Beschluss vom Jänner 2002 angeboten, die Trägerschaft zu übernehmen und damit den Gemeinden eine finanzielle Entlastung angeboten. Durch die Übernahme die darauf folgte, hat sich natürlich ergeben, dass es damit eine neue Organisationsstruktur braucht und die Landesklinikenholding wurde im September 2005 für den Betrieb und für die Führung der Häuser gegründet.

Der Gesundheits- und Sozialfonds bleibt weiterhin in seiner bisherigen Form bestehen und beschäftigt sich mit der darüber hinaus gehenden Planung, Steuerung, Qualitätssicherung, Prävention etc. Durch diese Vereinheitlichung in der Trägerlandschaft ergibt sich nunmehr die Möglichkeit, Synergien zu heben und das soll auch genutzt werden. Dagegen bleibt der NÖGUS in Form des Fonds unverändert. Das heißt also, die Entscheidungsplattform für die Planung und Steuerung bleibt in ihrer Zusammensetzung und in ihren Auswirkungen unverändert. Die gegenständliche Novelle soll eine straffere Verwaltung der Gesundheitsversorgung in Niederösterreich ermöglichen und wird daher ausschließlich eine organisatorische Neuordnung des Verwaltungsapparates, des NÖGUS, beinhalten.

Ich stelle daher den Antrag über den Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Lembacher, Weninger u.a. (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Lembacher, Weninger u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds-Gesetzes 2006 (NÖGUS-G 2006) wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

**Berichterstatter Abg. Mag. Stiwicek (SPÖ):** Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich berichte zu Ltg. 801/A-1/72, Antrag des Gesundheits-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Lembacher, Weninger, Adensamer, Kernstock u.a. betreffend Änderung des Gesetzes über die Errichtung der NÖ Landeskliniken-Holding (NÖ LKH).

Kollege Riedl hat sehr ausführlich den Antrag begründet. Dieser Antrag steht im Zusammenhang mit dem vorhergehenden. Ich glaube, ich kann mich beschränken auf die Beschlussfassung (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag der Abgeordneten Lembacher, Weninger u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des Gesetzes über die Errichtung der NÖ Landeskliniken-Holding (NÖ LKH) wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident, ich ersuche, die Beratungen einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

**Präsident Mag. Freibauer:** Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Werte Kollegen des Landtages!

Drei Geschäftsstücke des Gesundheits-Ausschusses liegen uns vor. Zwei die überschneidend in sich greifen. Die Änderung des Gesundheits- und Sozialfondsgesetzes und die Änderung des Gesetzes über die Errichtung der NÖ Landeskliniken-Holding.

Durch die neue Trägerschaft unserer Krankenhäuser, und um es kurz zu machen, wir haben ja das jetzt schon oft und lange hier diskutiert und die letzte Diskussion wurde bei der Übernahme des Humanis-Klinikums hier abgeführt, wissen wir, dass noch einige wenige in Verhandlung stehen, aber bereits über 80 Prozent, 83 Prozent des Gesamtaufwandes sind bereits in Landeshoheit, in dieser Landesholding. Und die Verhandlungen laufen, laut Medienberichten, gut, dass wir bald 100 Prozent aller Krankenhäuser in einer einheitlichen Trägerschaft haben. Das ist gut so, das war auch immer eine Forderung von vielen Abgeordneten hier im Land und auch von mir selbst.

Und wenn jetzt auf Grund dieser Konstellation, dass es eine Landeskliniken-Holding gibt und den NÖGUS, dass es hier Synergien gibt oder dass hier berechtigterweise gefordert wird, Doppelgleisigkeiten in Zukunft abzustellen, dann ist es natürlich in Ordnung und dann soll man hier relativ schnell handeln.

Ich glaube, dass es wichtig ist und es geht ja eindeutig darum, wo in Zukunft wer was macht und wo wir sinnvoll Tätigkeiten einsparen können. Der Berichterstatter Abg. Riedl hat es ja gesagt, es geht hier in keiner Weise darum, dass man hier jemandem etwas weg nimmt. Die politische Verantwortung bleibt selbstverständlich im NÖGUS. Die Politiker werden dort entscheiden ob richtig oder falsch. Die Entscheidungen werden politisch gefällt. Und letztendlich hat dann die Holding hier einige Dinge für die Zukunft übertragen bekommen. Und natürlich auch hier die Möglichkeit, in Zukunft etwas mehr an Tätigkeiten zu vollbringen. Ob es dann, ich will das gar nicht alles aufzählen, um die Kooperation, Plattformprojekte geht oder hier den Ausbau der Landeskrankehäuser zu Gesundheitszentren und vieles mehr.

Es sind wesentliche und wichtige Aufgaben. Und ich glaube, dass wir sicherlich in vielleicht 15 Jahren wieder darüber diskutieren oder vielleicht schon schneller, wie wir noch effizienter diese zwei, eben die Holding und den NÖGUS, zusammenführen können. Vielleicht gibt's irgendwann eine Verschmelzung, mag sein. Jetzt ist es wahrscheinlich richtig so, hier einmal die Energien zu nützen und Doppelgleisigkeiten abzustellen.

Zum vorliegenden Bericht 784/B-44/3, den Rechnungsabschlüssen. Ja, da wäre sehr viel zu sagen. Man könnte hier gleich beginnen damit aufzuzählen wie viel Geld hier im Gesundheitsbereich ausgegeben wird. Man könnte darüber diskutieren ob manches richtig, manches falsch ausgegeben

wird. Ich glaube, dass jeder Euro und jeder Cent im Gesundheitsbereich richtig angelegt ist. Wenn man unter dem sozialen Aspekt Geld ausgibt, dann, glaube ich, ist es gut und richtig. Es soll die medizinische Vorsorge, der Zugang zur Medizin soll für alle gleich gelten in einem Staat und auch in einem Land. Das heißt, egal von wo jemand kommt und wie viel finanzielle Mittel jemand zur Verfügung hat, der Zugang sollte für alle gleich sein.

Ich möchte mich auch nicht jetzt in die Zahlen begeben und hier etwas tun was ein Redner nach mir machen wird: Der Vorsitzende, der Abgeordnete Kernstock wird das sicherlich aus profunderm Munde genau und im Detail geben. Ich möchte nur sagen, dass letztendlich die Leute, die Menschen in Niederösterreich mit dem System nicht unzufrieden sind. Natürlich gibt es viele, die klagen, hier könnte ein bisschen mehr sein. Und natürlich hat man dann immer wieder auch Ideen, so wie viele politische Parteien, die sie auch haben.

Die Frage wird immer sein, wie wird man in Zukunft dieses System finanzieren können. Hierüber denken ja bereits auf Bundesebene die Regierungsparteien angestrengt nach. Wir werden sehen, wie wir den Standard in Zukunft halten können. Ich bin auf alle Fälle einer der sagt, der Standard muss bleiben, man darf keinen Rückschritt machen. Man muss im Interesse der hier lebenden Menschen auf alle Fälle versuchen, noch mehr in medizinischer Sicht, in gesundheitlicher Vorsorge-medicin, aber auch dann wenn der Hut brennt, wenn man medizinische Versorgung braucht, gewährleisten.

Ob es Form von Schwerpunktkrankenhäusern sein wird, ob es in Form von regionalen Krankenhäusern sein wird, hier wird es auch in Zukunft viele Diskussionen geben. Jetzt hört man natürlich bei den Übernahmen Standortgarantien und Standortgarantien. Ich trete dafür ein, dass man eine breite medizinische Versorgung über das ganze Bundesland haben muss. Aber selbstverständlich muss im Bereich von Schwerpunktmedizin, und dafür stehe ich auch so, dass ich, wenn ich eine spezielle Operation benötige, dann nicht darauf drängen kann und auch nicht das Recht habe, sage ich, dass ich das 10 Kilometer vor der Haustür habe. Da muss man schon so weit sein dass man sagt, wichtig ist es, dass in Niederösterreich gewährleistet ist, dass man diese medizinische Versorgung bekommen kann, rasch bekommen kann. Das ist viel besser als man hat es 10 Kilometer vor der Haustüre. Das, glaube ich, ist wichtig dass das gewährleistet ist. Und dann braucht man über Standortgarantien und das alles nicht nachdenken.

Es ist auch wichtig, dass, wenn Kinder auf die Welt kommen, dass das nicht 60, 70 Kilometer davon entfernt ist. Das sollte in näherer Umgebung sein. Aber das gehört ja nicht unbedingt zur Schwerpunktmedizin.

In diesem Sinne glaube ich, dass, obwohl viele Menschen sagen, es ist nicht alles in Ordnung, wir mit dem momentanen Gesundheitssystem kein schlechtes haben und ich werde daher gerne zustimmen.

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Lembacher.

**Abg. Lembacher (ÖVP):** Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gesundheit, und hier meine ich Gesundheit an Leib und Seele ist eines der höchsten Güter des Menschen. Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. So heißt ein Sprichwort. Und viele die krank sind, ... und wenn wir oft in die Familien hineinschauen, dann sehen wir, dass sich dieser Spruch, sich dieses Sprichwort nur allzu sehr bewahrheitet.

Das Land Niederösterreich und die Politik des Landes Niederösterreich sieht die Gesundheit als einen der wichtigsten Bereiche ihrer Politik an. Und das schlägt sich auch in den Budgetzahlen nieder: 44 Prozent des Landesbudgets sind im Gesundheit- und Sozialbereich gebunden und die Tendenz ist sicher noch steigend.

Wir haben heute auch noch den NÖGUS-Tätigkeitsbericht, den Jahresabschluss, auf der Tagesordnung. Und das ist sicher auch ein sehr, sehr beeindruckender Tätigkeitsbericht.

Der NÖGUS ist ja gegründet worden, um die Gesundheitsplanung und die Gesundheitsreform im Land Niederösterreich mit allen Verantwortlichen auf allen Ebenen durchzuführen und umzusetzen. Der NÖGUS ist ein wesentlicher Motor der Gesundheitsreform in Niederösterreich und auch auf Bundesebene.

Im Jahr 2005 gab es eine Neuorientierung des NÖGUS und es wurden Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung der Gesundheitsreform 2005 in Angriff genommen. Weiters wurden die beiden Geschäftsbereiche NÖGUS, Gesundheit und Soziales zusammengeführt. Die Regeltätigkeit des NÖGUS würde, wie in den Vorjahren, intensiv weitergeführt und der NÖGUS war auch die Schnittstelle zwischen dem Land und zwischen dem Bund.

Und auch bei der Gesundheitsreform, bei der Umsetzung auf Bundesebene war das Land Niederösterreich, war der NÖGUS, war unser Vorsitzender Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka auch maßgebend tätig.

Es hat sehr viele Prüftätigkeiten gegeben an den Krankenhäusern. Es hat die Erarbeitung von qualitätssichernden Maßnahmen gegeben. Prozessoptimierungen im ökonomischen Bereich, also auch bestmögliche Versorgung. Aber immer auch natürlich mit der wirtschaftlichen Voraussetzung. Es hat viele Kommissionen gegeben. Es hat sehr, sehr viel auch an Arbeitskreisen gegeben, wo wirklich sich die Verantwortlichen eingebracht haben und wo ich denke, auch etwas ganz, ganz Gutes zustande gekommen ist.

Es hat viele Folgeaktivitäten dann auch gegeben. Es hat Regelungen gegeben zum Zusammenwirken zwischen den Ländern, den Sozialversicherungen und natürlich, was sehr, sehr wichtig ist, auch zwischen den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärzten. Es hat bundesweite Leitlinien gegeben. Es gibt auch ein Vorsorgeprogramm, und ich denke mir, dass das etwas ganz, ganz besonders Wichtiges ist, auch bezüglich Schmetterlingskinder, Mamographie Screening, Transplantations- und Stammzellenspendewesen.

Es hat auch gegeben ein Strategiepapier zur Umsetzung der Gesundheitsreform in Niederösterreich, wo eben alle, Land, Sozialversicherung, Bund, Gemeindevertretungen, Ärztekammer, Patientenvertretung und Krankenhausvertretungen zusammen gearbeitet haben. Das neue NÖGUS-Gesetz 2006, das ja im Zuge der 15a-Vereinbarung zwischen Ländern und Bund abgeschlossen worden ist. Entwürfe von Geschäftsordnungen für die Organe des Fonds ab 2006, die Gesundheitsplattform als Nachfolgerin der Fondsversammlung, der Ständige Ausschuss und die Geschäftsführung des NÖGUS.

Es hat auch EU-weite Aktivitäten gegeben. Wir haben gerade gesehen, ganz besonders auch im Bereich der Vogelgrippe, dass es notwendig ist, länderübergreifend zusammenzuarbeiten um auch damit zu sehen, welche Problematik gibt es in den anderen Ländern und was kann man auch gemeinsam lösen.

Ganz besonders wichtig scheint mir, und das wird leider Gottes, und so kann man das sagen, in Niederösterreich noch zu wenig angewandt, die Gesundenuntersuchungen und das Vorsorgeprogramm. Ich denke mir, dass wir in diesem Bereich noch viel stärker die Menschen darauf aufmerksam

machen, dass sie gerade auch vorbeugend selber Verantwortung tragen, für ihre Gesundheit etwas zu tun. Es gibt die Aktion „Tut gut“, die Gesunde Gemeinde, wo ja schon wirklich sehr, sehr viel in dem Bereich gemacht wird.

Was ganz entscheidend ist und woran auch gearbeitet wird, es wird einen systematischen Aufbau eines Vorsorgeprogramms für Niederösterreich geben. Es soll ein Gesundheitsraster angelegt werden, wo man wirklich genau sehen kann, in welchen Regionen treten Krankheiten verstärkt auf, wie kann man dem entgegen treten und wie kann man den Menschen helfen?

Grundsätzlich kann man sagen, dass in Niederösterreich das Gesundheitswesen hervorragende Leistungen für die Menschen in unserem Land anbietet. Wir haben eine leistungsfähige und effiziente Spitalsstruktur. Es sind bereits 24 der 27 Krankenhäusern beim Land Niederösterreich, in der Verantwortung des Landes. Und die restlichen drei werden in ein paar Jahren auch beim Land Niederösterreich sein.

83 Prozent, und das ist schon gesagt worden, des Gesamtaufwandes der Spitäler sind nun beim Land Niederösterreich. Es ist eine Vereinheitlichung der Trägerschaft sicher auch von Vorteil. Und gerade auch die Zusammenarbeit zwischen dem NÖGUS und dem NÖ Landeskrankenhaus Klinikenholding ist etwas sehr, sehr Wichtiges damit Doppelgleisigkeiten auch vermieden werden.

Bei den Patientenbefragungen hat man feststellen können, dass die Menschen eine hohe Zufriedenheit mit den Landeskrankenanstalten, mit den Krankenhäusern in Niederösterreich haben. Es sind rund 25.000 Menschen befragt worden. Die Rücklaufquote betrug 42 Prozent. Befragt wurden die Patienten über die fachlichen Fähigkeiten der Ärzte, die Freundlichkeit und natürlich auch wie werde ich im Krankenhaus, wie schauen die Prozesse aus, wie schaut es mit der Sauberkeit aus, wie schaut es mit dem Essen im Krankenhaus aus? Und da war es so, dass also beim Ärzteteam die Befragten zu 95,2 Prozent gesagt haben, ja, wir sind mit den Ärzten zufrieden; und mit dem Pflegepersonal über 96 Prozent. 91 Prozent haben gesagt, ja, die Prozessbegleitung, die Aufnahme, die Entlassung, das ist alles in Ordnung. Und es hat einige, sage ich einmal, Unterschiede auch in den Krankenhäusern gegeben. Die Leute haben gesagt, ja, wir sind mit dem Essen weniger zufrieden, Entlassung.

*(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)*

Oder die Größe der Zimmer, wobei man jetzt auch von diesen Sechsbettzimmern wegkommen will. Und zur besseren Orientierung werden auch in Zukunft die Eingangsbereiche in den Krankenhäusern einheitlich gestaltet. Ist nicht unbedingt, sage ich einmal, ganz was Besonderes, aber doch zur besseren Orientierung der Menschen sicher wichtig. Vorgesehen ist auch Infomaterial für Patienten, das vor der Entlassung mit den Patienten besprochen wird. Und das ist ganz besonders wichtig, denke ich mir, bei schweren Krankheiten auch, bei Menschen, die schon älter sind, die, wo soll ich nach meiner Entlassung hingehen wenn ich vielleicht keine Angehörigen mehr habe. Und auch Sprechzeiten für Patienten. Denn manchmal hört man die Klage, ja, ich kann mit dem Arzt nicht sprechen oder es ist niemand da, so weiß ich also nicht Bescheid über meine Krankheit oder die Krankheit meines Familienmitgliedes.

Es wird am 3. März einen Tag der offenen Tür in den Krankenhäusern geben. Im Vorjahr haben 70.000 Menschen diesen Tag der offenen Tür in Anspruch genommen und haben sich informiert über die Leistungen in den Krankenhäusern. Und sie waren sehr, sehr beeindruckt. Der Weg in die Zukunft soll ja so sein, dass die Krankenhäuser nicht nur Krankenhäuser sind, sondern Gesundheitszentren werden, immer auch in Zusammenarbeit mit den Menschen und mit den niedergelassenen Ärzten. Denn ich denke mir, das ist sehr, sehr wichtig, alle Synergien auch zu nutzen.

Und es gibt auch für die Zukunft ein großes Visions- und Leitbild für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern um eben auch die Qualität und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken und auch Hilfe anzubieten. Das heißt, alles bleibt anders. Also immer wieder auch darauf hinzuweisen, dass sich vieles ändert, dass letztendlich aber immer wieder der Patient und der Mensch im Mittelpunkt steht. Unsere Gesundheitspolitik im Land Niederösterreich und sicher auch darüber hinaus, bedeutet eine erstklassige Gesundheitsvorsorge für alle. Ganz egal wie alt und ganz egal welches Einkommen. Es gibt, und es darf keine Zweiklassenmedizin geben! Das gibt es nicht.

Wir haben also in Zukunft auch diesen Gesundheitscheck für alle Generationen und ich habe schon am Beginn gesagt, das soll wesentlich besser noch angenommen werden. Dafür ist eine Aufklärung und eine Einladung an die Menschen notwendig.

Der Bürokratieabbau durch die E-Card hat sicher auch einiges an Vorteilen gebracht. Niederösterreich ist auch Vorreiter bei der Gewährleistung

von Spitzenmedizin. MedAustron haben wir heute schon angesprochen, 120 Millionen wird das Land in dieses MedAustron-Projekt investieren. Und es werden allein 2006 sind 82,6 Millionen für den Ausbau und für die Modernisierung der Landeskliniken zur Verfügung gestellt werden.

Es gibt 1,2 Milliarden Euro jährlich für den Betrieb der NÖ Krankenhäuser. Man kann also sagen, diese 44 Prozent des Landesbudgets für die Gesundheit und für den Sozialbereich sind gut angelegt. Natürlich auch immer wieder in der Verantwortung, dass diese Mittel, diese Budgetmittel Mittel der Menschen sind, die letztendlich aus Steuergeldern aufgebracht werden. Und auch hier ist die Verantwortung da, diese Mittel effizient und richtig einzusetzen.

Ich denke, Niederösterreich ist auf einem guten Weg im Gesundheitsbereich für die Menschen unseres Landes, für die Gesundheit, für die leibliche und seelische Gesundheit der Menschen in unserem Land. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Dr. Krismer-Huber das Wort.

**Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne):** Sehr geehrte Präsidenten! Hohes Haus!

Das ist eine Fügung, dass wir diese drei Geschäftsstücke heute gemeinsam debattieren, weil sie sich einfach so gut ergänzen. Ich fang einmal an mit einem Auszug aus dem Bericht NÖGUS, Tätigkeitsbericht 2005. Da hat der NÖGUS sich an die Arbeit gemacht und hat drinnen den Schwerpunkt des Jahres 2005, bildete die strukturelle und personelle Trennung zwischen NÖGUS und NÖ Landeskliniken-Holding. Der Herr Rechnungshofpräsident schmunzelt. Wir wissen doch, dass es in Berichten direkt zwischen den Zeilen immer wieder drinnen steht, dass so wie die Aufstellung im Gesundheitswesen in Niederösterreich vielleicht nicht so ganz optimal ist. Warum ist sie denn nicht so optimal?

Wir haben vier Regierungsressorts, Personal der Herr Landeshauptmann Pröll, Soziales die Frau Landesrätin Bohuslav, Gesundheit jetzt Landesrätin Kadenbach, Finanzen – und damit NÖGUS-Vorsitzender - der Herr Landesrat Sobotka. Dann haben wir das Amt der NÖ Landesregierung mit allen möglichen Abteilungen die Zetteln unterschreiben müssen. Dann gibt's noch die Kliniken-Holding, dann gibt's den NÖGUS, dann gibt's die Gesundheitsagentur und das ist alles nur die Spitze des Ganzen.

Also eines muss ich schon sagen: Ein Kompliment, dass die handelnden Personen immer den richtigen Hut aufhaben und noch wissen was sie tun. Denn einfach ist es nicht. Unterm Strich würde ich meinen, das ist kein modernes Public Management und das ist auch keine moderne Politik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Was jetzt gelungen ist mit der Novelle zum Klinikholding-Gesetz, das ist ja auch ein Fonds und dem NÖGUS, das ist ja schon an Pragmatismus nicht mehr zu überbieten. Also der Zugang ist ein rein praktischer. Eine Geschäftsstelle, dass der NÖGUS seine Geschäftsstelle bei der Landeskliniken-Holding erhalten soll. Also ich habe irgendwie nach einem Bild gesucht dass vielleicht auch anderen Kolleginnen jetzt im Hohen Haus noch klar wird, was da legislativ passiert. Es ist so, als würde sozusagen der strategische Kopf, die Regierung, die NÖ Landesregierung, allen voran der Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, mit seiner ganzen Regierungsmannschaft ein Zimmerchen finden auf der operativen Ebene. Ich würde sagen so ein Zimmer bei den Chauffeuren würde in etwa vom Vergleich her hinkommen. Da würden alle sagen, na, da stimmen die Verhältnisse nicht. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Sie haben sich zwar bemüht, aber der Vergleich hinkt!)*

Ich kann den strategischen Kopf sozusagen nicht irgendwo hineinwurschteln, sondern es gibt per Gesetz ein ganz klares Aufgabenprofil was der NÖGUS zu machen hat. Und das mit dem NÖGUS ist ja nicht so wie die Frau Kollegin Lembacher uns versucht hat zu verkaufen als wäre das der große Wurf des Landes Niederösterreich. Das ist ganz klar ein Fonds, der mit einer 15a-Vereinbarung in jedem Land vorgesehen ist. Und der Fonds hat ganz klare Aufgaben. Das ist ja keine Lex Niederösterreich, sondern der hat ganz klare Vorgaben.

Und ich muss ganz ehrlich sagen: Dieses legislative Dradiwaberl, bin ich schon sehr gespannt, was hier der Rechnungshofbericht dann dazu sagt. Denn wir als Grüne halten das legislativ für nicht haltbar und werden dem auch nicht die Zustimmung geben.

Zum NÖGUS-Bericht 2005: Es wurde von der Kollegin Lembacher schon erwähnt, dass wir Entlassungsmanagementprojekte in Lilienfeld, Neunkirchen hatten. Nur zu ergänzen wäre gewesen mit dem Enthospitalisierungsprojekt in Amstetten. Also ich darf Ihnen nur sagen, da sind wir wirklich spät dran. Es werden einige Entlastungsmanagerin ja ausgebildet in Niederösterreich. Nur, wenn das nicht rasch Standard wird, wenn nicht rasch das Land Niederösterreich erkennt was wir da volks-

wirtschaftlich an Energieverlust haben, dass nach wie vor der Patient, die Patientin nicht betreut wird, nicht weiß mit welchen Medikamenten sie hinaus geht, nicht weiß ob vor Ort die Caritas, das Rote Kreuz oder sonst irgendwer die Dienstleistung anbietet ... *(Abg. Präs. Ing. Penz: Volkshilfe!)*

Ja, dann sind wir halt genau, dann wäre es auch noch die Caritas St. Pölten und die Stelle Wien. Also wenn die fünf Trägerorganisationen ... Welche sind das vor Ort? Welche Leistungen bieten die an? Was würden denn Sie sagen, werd ich jetzt dann eine Therapie brauchen und wo finde ich die in der Nähe?

Das heißt, wir haben da einen gewaltigen Verlust und das ist noch immer zu wenig. Ich weiß auch ein bisschen was derzeit aktuell passiert. Ich kann wirklich nur alle Mitglieder, auch im NÖGUS, auffordern, sich da endlich auf den Weg zu machen, denn das darf sich das Land Niederösterreich nicht leisten. Auch vor dem Hintergrund, einen Vorteil zu haben gegenüber anderen Ländern.

Wir haben die Landes-Pensionisten- und Pflegeheime und wir haben jetzt die Landesspitäler in Landeshand. Das heißt, es gilt in Niederösterreich wirklich nicht das Argument das das über mehrere Körperschaften geht wie in anderen Ländern des Westens. Dass das ein Gemeinde-Altersheim ist und das auf die Gemeindeebene verschoben wird. Der Service für die Patientinnen und Patienten in Niederösterreich entspricht nicht dem Standard, die wir auf Grund der Einrichtungen im Land anbieten könnten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ein wichtiger Eckpfeiler wo sich Soziales und Gesundheit ergänzt, überschneidet ist die Psychiatrie. Also dieser Psychiatrieplan. Da komm ich mir schon jedes Mal so vor, gebetsmühlenartig, ich glaube, das hat der Kollege Martin Fasan in der ersten grünen Periode immer getrommelt, da hinken wir auch hinterher. Und auch dieses Problem wird sich verschärfen. Da kann ich auch nur appellieren, dass zukünftige NÖGUS-Berichte dem noch mehr Augenmerk schenken, da wir leider nicht beim Budget des NÖGUS nicht mitgestalten können auf Grund der Geschäftsordnung.

Was den Suchtbereich betrifft, und das weiß ich von der Stelle in Baden. Also die nicht stoffbezogene Sucht, da würde ich gern einmal so eine Gesundheitsstudie sehen, was, wenn wir von den Spielautomaten reden, wir in Niederösterreich systemindiziert Sucht ins Leben rufen. Also das nennt man nicht stoffgebundene Sucht, die eben bei den Spielautomaten dann, wenn man labil ist, sprich wenn das einem taugt da jedes Mal diesen Kick zu haben, dann erzeugen wir nicht nur Sucht, die wir

in die gesundheitliche Schublade geben könnten, sondern das ist soziales Leid was wir damit verursachen. Es gibt solche Männer die am nächsten Tag in der Früh die 1,50 Euro fürs Jausengeld der Kinder nicht mehr haben. Und das ist auch zu verantworten von Ihnen als Regierungsparteien.

Der Bereich Palliativ und Hospiz ist auch noch zu spärlich ausgebildet. Ich weiß, da kommt jetzt auch mehr. Würde auch hoffen, dass hier pro futuro noch mehr Augenmerk hin gelenkt wird. Sie alle wissen, dass, wenn jetzt nicht rasch die Niederösterreicherinnen die gynäkologischen Abteilungen stürmen, wir wirklich demografisch ein Problem haben in Niederösterreich. Und dieser Bereich der wirklich menschlichen Palliativmedizin, glaube ich, das sind wir den Menschen auch schuldig. Ist mir auch noch zu wenig.

Und eines, wenn man so abfeiert, bei uns in Niederösterreich ist alles in Ordnung, Frau Kollegin Lembacher, dann, glaube ich, wollen Sie manche Dinge einfach nicht sehen. Wir haben einen eklatanten Fachärztinnenmangel in Niederösterreich. Insbesondere, und das kann man sagen, in jenen Bereichen, wo die Götter in Weiß nicht dazuverdienen können. Und zwar privat irgendwie zu Honoraren kommen. Das ist insbesondere im Anästhesiebereich. Wir haben es aber im Kinder- und Jugendbereich. Natürlich Pathologie, da gib'ts kaum jemanden der ein Privathonorar dann zahlt. Also wir haben wirklich eklatanten Fachärztinnenmangel. Und da müssen wir uns, auch wenn es jetzt gerade wieder öffentlich groß in Diskussion gestanden ist wie das Honorarschema der Ärztinnen in den Holding-Spitälern ist und man sichtlich zu einer Einigung kommt. Ich aber schon einmal plädieren würde, dem nachzugehen. Man muss sich das anscheinend sehr genau nach Fachgruppen anschauen, dass wir hier in Niederösterreich wirklich die Spitzenmedizin gewährleisten können. Und das geht in der Medizin als Dienstleistung nur über wirklich promovierte, anerkannte Spitzenmedizinerinnen. Und an denen mangelt es uns.

Ja, und ein Punkt ist im NÖGUS-Bericht 2005 besonders spannend. Und zwar jener, der die Versorgungseinrichtungen betrifft. Es gab im Jahr 2005 offensichtlich, ich habe es noch nie gesehen, zu Studien der Regierung und des NÖGUS kommt man nicht, da sitzt der Herr Sobotka drauf wie eine große Glücke. Gibt es anscheinend Beurteilung der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit von Versorgungseinrichtungen.

Und zwar wurden hier auf Grund medizinischer Notwendigkeiten, im Fachzusammenhang sind auch die Auslastungszahlen ausgeschaut worden,

wirtschaftliche Auswirkungen auf das Finanzierungssystem, was die Rechtsträger betrifft. Und dann hat man einen Vergleich gemacht von alternativen Versorgungsmöglichkeiten. Also ich kann jetzt wieder nur irgendwie in den Sternen lesen, da ich diese Unterlagen nicht erhalte. Hat das jetzt damit zu tun was der Vizepräsident der Ärztinnenkammer meinte, dass es durchaus wirtschaftlich nicht ungünstig ist, einige mögliche Spitäler in Niederösterreich zu schließen? Klammer auf, ich mein', schließen heißt ja nicht, dass dort gar nichts mehr passiert an medizinischer Versorgung, sondern halt vielleicht etwas anderes als das klassische Grundversorgungsspital, Klammer zu.

Ist das gemeint? Oder gibt's, wo er doch weiß was in Mödling und in Baden passiert ist, man immer sagt, bitte, das gibt's noch nicht, dass da keine Studien gemacht worden sind. Wie man so eine Region versorgen kann wenn man die historische Chance hat, das neu aufzustellen. Es muss doch eine Alternative geben als wieder nur zwei Häuser hinzubauen. Weiß ich nicht. Vielleicht ist das da drinnen. Auf jeden Fall muss es Untersuchungen geben in Niederösterreich im NÖGUS, die auch an Alternativen denken. Ich sage nur, mich hätte das interessiert. Aber das ist, glaube ich, ein Wunsch an das Christkind, wie so vieles.

Ja, und wenn das so ist, und wir wissen es auch von der Pflege, sind wir noch lange nicht dort, dass die Strukturqualität des Personals ausreichend ist. Wir werden drauf drängen müssen, dass wir wirklich ausreichend Personal in der Pflege für die Patientinnen und Patienten haben. Ich glaube, das sind die von der Frau Kollegin Lembacher genannten Zahlen der Patientinnenzufriedenheit. Also wissenschaftlich sind diese Studien eher zu kübeln, diese komischen Patientinnenbefragungen. Aber wenn wir ehrlich sind, es ist nicht so sehr der Arzt oder die Ärztin, sondern was die Zufriedenheit dann meistens ausmacht im Spital ist, wenn man das Gefühl hat, man wird umsorgt. Und das ist dann meistens das Pflegepersonal.

Und daher appelliere ich, auf dem Weg weitergehen, keine Einsparungen hier im Personalbereich. Denn das macht die wirkliche Qualität Niederösterreichischer Spitäler aus. Wir werden diesem NÖGUS-Bericht die Zustimmung erteilen. Denn bei einem Bericht, wieso sollen wir keine Zustimmung erteilen? Wie gesagt, ich kann ja hier nur appellieren, wie gerne ich das Budget des NÖGUS pro futuro gesehen hätte. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Nächster Redner in der Rednerliste ist Herr Abgeordneter Kernstock. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kernstock (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages!

Die letzten 13 Minuten habe ich sehr aufmerksam zugehört was meine Vorrednerin hier gesagt hat. Eigentlich müssten wir nach ihrer Wortmeldung dem Rednerpult eine schwarze Schleife umhängen. Denn ich habe absolut nichts Positives aus dem Gesundheitsbericht des Landes Niederösterreich, sprich aus dem NÖGUS-Bericht, erkennen können. Es sind hier eigentlich nur negative Worte gesagt worden, die mir sehr, sehr weh tun. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

Zum Einen deswegen, da ich in beiden Vorständen, sowohl im NÖGUS als auch in der Holding-Versammlung im Vorstand bin. Wir bemühen uns sehr intensiv um das Wohl der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, dass wir optimale Voraussetzungen hier bieten können. Ich weiß schon, wenn man die Instrumentarien anschaut, auf der einen Seite den NÖGUS mit seinen vielen Facetten, Ausschussmöglichkeiten und dergleichen mehr, auf der anderen Seite das Holdinginstrumentarium: Beides soll in sich greifen. Darüber hinaus die Gesundheitsplattform. Als ich damals in den NÖ Landtag gekommen bin und mich um das Gesundheitswesen besonders angenommen habe, war das für mich auch, muss ich ganz ehrlich sagen, ein spanisches Dorf. Es ist natürlich sehr viel was hier geboten wird. Aber man versucht ja ständig und permanent, Symbiosen zu suchen und zusammenzuführen. Und ich glaube, gerade der heutige Tag bringt ja die Möglichkeit, dass man durch die Zusammenführung auf Grund der gesetzlichen Basis, die wir heute ja hoffentlich beschließen werden, dass gewisse Synergieeffekte hinsichtlich des NÖGUS und der Holding wieder zusammengeführt werden damit das Ganze durchschaubarer wird.

Ich gebe Ihnen in einem Punkt vollkommen Recht, Frau Abgeordnete Krismer, und zwar dieser Fachärztemangel, der liegt mir auch sehr im Magen. Dagegen muss man sicherlich etwas tun, damit der Fachärztemangel beseitigt werden kann. Aber ansonsten muss ich aus meiner Sicht sagen, haben wir gerade im Krankenhausbereich aber auch im Pflegebereich einen hohen, aber äußerst hohen Qualitätsstandard in Niederösterreich anzubieten. Soviel zu meiner Vorrednerin.

Uns liegen die Tätigkeitsberichte der Rechnungsabschlüsse im Bereich Gesundheit und Soziales für das Jahr 2005 vor. Vorweg, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich erwähnen, dass diese Rechnungsabschlüsse natürlich bereits bewilligt worden sind und zwar in den Regierungssitzungen am 30. August und am 5. Dezember des vergangenen Jahres. Die Gesamtaufwendungen, und das ist immer eine gigantische Zahl wenn man das hier so liest, 1.143,995.234,30 Euro. Das ist wirklich eine gigantische Summe die aufgewendet wird für das Gesundheitswesen.

Um 36,018.034,30 Euro sind sie über jenen des Voranschlages gelegen. Die Gesamterträge sind deckungsgleich mit den Aufwendungen geblieben und das ist immer wiederum dieser Punkt wo man dann sagt unterm Strich, es geht sich doch immer wieder aus.

So wie die Jahre zuvor war der NÖGUS im Laufe des Jahres 2005 wieder sehr aktiv und erfolgreich. Meine Vorrednerin, mein Vorredner haben schon einige Punkte angeführt. Die habe ich natürlich aus meinem Bericht bereits herausgestrichen um eine Verdoppelung zu vermeiden.

Neben der Organisation und der Teilnahme bei vielen Sitzungen, sei es im Ständigen Ausschuss, in den Fondsversammlungen, haben die Vertreter des NÖGUS an vier Sitzungen der Bundes-Gesundheitskommission teilgenommen. Viele Gespräche auf Länderebene hinsichtlich der Krankenanstaltenfinanzierung und -Planung wurden ebenfalls geführt.

Intensive Mitarbeit bei den Sitzungen der ARGE, der kaufmännischen Direktoren und in anderen Bereichen sowie die Teilnahme an der Qualitätssicherungskommission des Landes Niederösterreich prägten das Erscheinungsbild des NÖGUS im Jahre 2005.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete zweifelsohne die strukturelle und personelle Trennung zwischen NÖGUS und der niederösterreichischen Landeskliniken-Holding. Wir haben es bereits gehört.

Der 1. September 2005 war für den NÖGUS natürlich ein markantes Datum. Mit diesem Tag ist die NÖ Landeskliniken-Holding in Kraft getreten und wurden, wie schon erwähnt, die Bereiche Gesundheit und Soziales vereint. Seit diesem Zeitpunkt bewältigt der NÖGUS die vielen Aufgabenstellungen nur mit 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inklusive der Geschäftsführer.

Strukturell änderte sich jedoch einiges seit dem 1. September 2005. Nämlich dies, dass es keine sonderlichen Kompetenzen für die Bereiche Planung, Bau, Technik, EDV, IT und Controlling mehr gibt, sondern die enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachabteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung und der NÖ Landeskliniken-Holding zu suchen ist. Der NÖ Gesundheits- und Sozialfonds gliedert sich in den juristischen Aufgabenbereich und hier sind nur einige Anmerkungen angeführt.

Bei den Schwerpunkten der rechtlichen Beratung und Unterstützung, bei der Aufbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren, bei der Ausgestaltung von Einzelvereinbarungen, die rechtliche Prüfung der Vereinbarung und Richtlinien, die Novellierung der Geschäftsordnung und vieles mehr.

Der weitere Bereich, die Abteilung Planung und Bautechnik. Dieser oblag bis Ende August 2005 die Durchführung der Planung und Bautechnik der NÖ Krankenanstalten. Ab 1. September erfolgte der Übergang dann in die NÖ Landeskliniken-Holding.

Der dritte große Bereich, die Stabsstelle strategische Planung und Strategie ab September 2005. Diese Abteilung wurde im genannten Zeitraum besonders gefordert, ist sie doch für wesentliche Aufgabenstellungen und Sonderaufgaben herangezogen worden. Auf Grund des Umfangs der vielen Aktivitäten erlaube ich mir nur einige Schlagbegriffe zur Kenntnis zu bringen.

Folgeaktivitäten zur Umsetzung der Gesundheitsreform in Niederösterreich, die Evidenzführung von Vorschlägen für Reformpoolprojekte. Rechenmodell für integrierte Versorgung, Aktivitäten im Bereich Raumplanung, IT-Bereichsaustausch zwischen Krankenanstalten und anderes mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu jedem einzelnen von mir bisher angeführten Punkt könnte man noch umfassender darüber sprechen. Es würde aber den Zeithorizont bei weitem übersteigen. Da ja die Unterlagen zum Rechnungsabschluss des NÖGUS 2005 für dieses Geschäftsjahr der Bereiche Gesundheit und Soziales den Klubs des NÖ Landtages ohnehin vorliegt, beschränkte ich mich im Wesentlichen auf die dargelegte Kurzausführung.

Bevor ich nun zum Bereich Soziales komme, möchte ich noch auf das Präventionsprogramm Niederösterreich verweisen, um das sich der NÖGUS im Besonderen annimmt. Ich zitiere wort-

wörtlich eine Art Präambel zu dieser Thematik, formuliert von einem Mitarbeiter der NÖGUS: Die wesentliche Aufgabe des Bereiches Vorsorge in der Abteilung Medizin beinhaltet die Errichtung des systematischen Aufbaues eines Vorsorgeplanes für Niederösterreich. Ein Gesundheitsraster für Niederösterreich wird geschaffen werden und stellt die Arbeitsgrundlage für eine neue Institution dar, die als Dachmarke die Gesundheitsförderungs- und Vorsorgeprogramme des Landes und anderer Leistungserbringer koordinieren und qualitätssichernd begleiten soll.

Diese Präambel sagt eigentlich alles aus. Meines Erachtens ist dem absolut nichts mehr hinzuzufügen.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Zum Tätigkeitsbericht Soziales ist zu bemerken, dass auch dieser Bereich in die Neustrukturierung Sommer/Herbst 2005 hineingefallen ist. Die Splittung der Aufgaben erfolgte nun zwischen dem NÖGUS selbst und der zuständigen Abteilung der NÖ Landesregierung. Mich erfüllt es mit großer Freude wenn ich vernehme, dass der NÖGUS die Zusammenarbeit und Koordination mit der Selbsthilfe Niederösterreich sucht. Gerade die Organisation der Selbsthilfe mit seinen vielen Facetten ist ein Garant dafür, dass den Hilfe suchenden Menschen in Niederösterreich optimale Aufklärung und Hilfe gewährt wird.

Weitere Schwerpunkte aus dem Bereich Soziales 2005 sind: Weiterer Ausbau der Versorgung in den bestehenden sozialpsychiatrischen Regionen, weiterer Ausbau und Qualitätssicherung der extramuralen Versorgung, Förderung des Dachverbandes der NÖ Selbsthilfegruppen, NÖGUS Krisentelefon und vieles andere mehr.

Hoher Landtag! Die uns vorliegenden Tätigkeitsberichte der NÖGUS-Bereiche Gesundheit und Soziales sind wie jedes Jahr von großer Vielfalt geprägt. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion im NÖ Landtag möchte ich dem Geschäftsführer Herrn Dr. Robert Griessner und seinem Team unsere herzliche Gratulation zu diesem enormen Arbeitsumfang aussprechen. Wir werden beiden Berichten natürlich die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich komme nun zu den beiden Geschäftszahlen Ltg. 802/A-1/73 und 801/A-1/72 betreffend Änderung des NÖ Gesundheits- und Sozialfondsgesetzes 2006 sowie die Änderung des Gesetzes über die Errichtung der NÖ Landeskliniken-Holding.

Durch die Hereinnahme des Humanis-Klinikums Korneuburg-Stockerau erst vor kurzem mit 1.1. 2007 in die große Holding-Familie fallen nunmehr 83 Prozent des Gesamtaufwandes aller Krankenhäuser, darüber hinaus 80 Prozent aller Bediensteten dem Land Niederösterreich zu. Mit den restlichen drei Krankenanstalten Wr. Neustadt, Neunkirchen und Klosterneuburg werden Übernahmeverhandlungen geführt. Ich hoffe sehr, dass diese erfolgreich abgeschlossen werden und dass per 1.1.2008 sie auch in die Holding-Familie übertreten können.

Dadurch ergeben sich zwischen der Holding und dem NÖGUS Synergieeffekte, sie sind heute schon erwähnt worden, die durch die Zusammenlegung beider Organisationen sehr sinnvoll genutzt werden können. Mit der Bestellung von Dr. Robert Griessner zum neuen medizinischen Geschäftsführer anstelle von Frau Dr. Andrea Kdolsky wurden die Weichen für die Zusammenführung der Holding und des NÖGUS bereits Ende Jänner 2007 gestellt. Durch eine kluge Aufteilung der zukünftigen Aufgabenstellung beider Organe soll eine straffere Verwaltung der intramuralen Gesundheitsversorgung in Niederösterreich ermöglicht werden.

Ich bin mir sicher, dass dieses Vorhaben noch im Jahre 2007 gelingen wird. Glückauf für dieses große Unterfangen und alles erdenklich Gute dafür! Wir werden auch diesen sinnvollen gesetzlichen Änderungen als Basis dafür die Zustimmung erteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Ihnen für die mir erwiesene Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächstem Redner in der Debatte darf ich Herrn Abgeordneten Mag. Heuras das Wort erteilen.

**Abg. Mag. Heuras (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Zunächst bedanke ich mich für die durchaus positiven Wortmeldungen im Zusammenhang dieser drei Geschäftsstücke. Lediglich an der Frau Kollegin Dr. Krismer-Huber dürften in den letzten Jahren einige Dinge wirklich spurlos vorüber gegangen sein.

Was hier von dieser Stelle aus gesagt wurde über das NÖ Gesundheitssystem, ich muss ganz ehrlich sagen, es spricht ja für sich, dass es alle

anderen ganz anders sehen und dass hier Dinge gesagt wurden, die wirklich jeder Grundlage entbehren. Und daher muss ich vielleicht die letzten Jahre ein bisschen erklären. Es besteht Erklärungsbedarf! *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Sie sind Lehrer! Das kommt grad durch!)*

Bin ich auch. Aber in dem Fall habe ich mir wirklich gedacht, es ist ein bisschen was notwendig. Oder seid ihr wirklich so beleidigt dass ihr in diesen Gremien nicht vertreten seid? Das ist nämlich offensichtlich der wahre Punkt. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Nein! Ich bin nicht beleidigt!)*

Die Übernahme der Krankenhäuser durch das Land in den letzten Jahren hat Niederösterreich im Gesundheitswesen ganz einfach verändert. Und wie ich meine, wirklich sehr zum Positiven verändert. Im Sinne unserer Patientinnen und Patienten. Begonnen hat diese Entwicklung mit dem Krankenhaus Baden. Und bereits am 1. Jänner 2005 gab es 8 Häuser in der Hand des Landes mit einem Finanzvolumen von 600 Millionen Euro und 8.000 Mitarbeitern. Warum sage ich das? Ich sage das deswegen, weil ich glaube, dass diese Dimension eines verdeutlicht: Es verdeutlicht die Notwendigkeit der Schaffung dieser Landeskrankenhaus-Holding mit 1. September 2005 weil es wichtig war, diese ... *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Das wissen wir ja alles!)*

Moment! Ich hol nur ein wenig aus. Weil es wichtig war, diese Umstrukturierung so zu organisieren, dass sie medizinisch-strukturell und organisatorisch so über die Bühne geht, dass niemand dabei einen Nachteil erleidet und schon gar nicht von dieser Neuorientierung und Neustrukturierung der eine oder andere Patient Schaden erleiden könnte. Daher war im Sinne dieser Gesundheitsstruktur Niederösterreich diese Holding ausgesprochen notwendig und wichtig. Und die Umfragen belegen und bestätigen das. Und, Frau Dr. Krismer-Huber, wenn hier diese Umfragen lächerlich gemacht werden, so sei mir auf eines hinzuweisen schon erlaubt:

In dem Moment, wo es Umfragen gibt, die die Regierungsarbeit oder das Land Niederösterreich bestätigen, positiv hervorheben, dann werden sie weggewischt. Kaum gibt's irgendwo Statistiken und Umfragen, die in eurem Sinne sind, dann werden sie gepredigt und getrommelt. Das halte ich nicht für seriös! Das entbehrt wirklich jeder Grundlage! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Krismer-Huber: Das stimmt überhaupt nicht!)*

Ich würde euch bitten, mit derartigen Umfragen ein bisschen objektiv umzugehen. Sie sind nämlich objektiv und ein Spiegel. Sie sind ein Spiegelbild

der Gesundheitspolitik dieses Landes. Und auch ein Spiegelbild der guten Arbeit der Verantwortlichen der Holding. Und vor allem auch ein Spiegelbild der hervorragenden Arbeit, federführend Landesrat Sobotka. Das muss ich bei der Gelegenheit schon ... *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Sind sie nicht!)*

Wenn 95 Prozent die medizinische Arbeit der Ärzte als hervorragend bezeichnen und ein gleicher Prozentsatz oder 96 Prozent die Pflegearbeit als sehr, sehr gut bezeichnen, dann muss man ganz einfach das mit großer Anerkennung und mit Respekt zur Kenntnis nehmen. Und unseren Bediensteten in unseren Häusern ein großes Dankeschön sagen! Sie sind nämlich letztendlich verantwortlich für diese gute Resonanz in unseren Häusern. Und daher Danke unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes in unseren Häusern für diese tolle Qualität! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn seit dem 1.1.2007 bereits vier von fünf Gesundheitsregionen zur Gänze in der Hand des Landes sind, 83 Prozent des Volumens sozusagen, 80 Prozent der Bediensteten, dann hat sich natürlich in der Trägerschaft was verändert. Da muss man sich einstellen auf diese neue Struktur des Gesundheitswesens in Niederösterreich. Und da ist es sinnvoll, nach dieser Vereinheitlichung der Trägerschaft Synergieeffekte zu nutzen und nun die beiden Organisationen stärker zu vernetzen und zusammen zu führen. Und im Lichte dieser Einheitlichkeit der Trägerschaft ist es daher vernünftig und auch gut und gescheit, die Verwaltungskomponenten von NÖGUS und Krankenhaus-Holding verstärkt zusammenzuführen um Synergien zu nutzen, um Gemeinsamkeiten zu nutzen.

Und vor allem um den Fokus dorthin zu legen wo er hingehört, nämlich zum Patienten und zur medizinischen Versorgung und nicht auf die Verwaltungsebene! Wir wollen vor allem auch Doppelgleisigkeiten vermeiden. Inzwischen ist das machbar, weil die Struktur sich durch die Vereinheitlichung der Trägerschaft verändert hat. Darin etwas Schlechtes und Negatives zu erkennen, dem kann ich mit bestem Willen nicht folgen. Ich halte es für grundvernünftig, ich halte es für gut, ich halte es auch für eine Überlegung im Sinne der finanziellen Bündelung unserer Ressourcen. Ich halte es für billiger, für effizienter und im Sinne der Synergieeinsparung einfach für den besseren Weg.

Vielleicht noch ein kurzer Gedanke zu diesen Umfragen. Weil mich das schon ein bisschen irritiert hat, dass man das einfach so hinweg schiebt. Es sollte uns schon etwas bedeuten, wenn man daraus abliest, dass gerade die kleinen Häuser in dieser Umfrage besonders gut abschneiden. Ich

sage es deswegen, weil daraus umso mehr klar wird, warum wir uns zur flächendeckenden Versorgung mit Krankenhäusern in diesem Land bekennen. Und warum ich es nicht für gut halte, wenn namhafte Ärztevertreter diese flächendeckende Versorgung mit Spitälern im Land Niederösterreich anzweifeln und in der Presse die Leute verunsichern.

Wir bekennen uns zur flächendeckenden Versorgung! Wir bekennen uns dazu, dass jede Niederösterreicherin und jeder Niederösterreicher auf kürzestem Weg und in kürzester Entfernung eine Grundversorgung in unseren Spitälern vorfindet. Und wir bekennen uns daher auch zu all unseren Standorten für die wir Standortgarantien abgegeben haben. Im Sinne der Qualität unseres Gesundheitswesens.

Alle drei Geschäftsstücke heute, der NÖGUS-Bericht, der Rechnungsabschluss, der Tätigkeitsbericht, das Holding-Gesetz und das NÖGUS-Gesetz, alle diese Punkte dokumentieren heute eines: Dass Niederösterreich im Gesundheitswesen, im Krankenhauswesen, auf einem sehr, sehr guten Weg ist. Dass wir bemüht sind, Gemeinsamkeiten zu nutzen, gewisse Bereiche zusammenzuführen, extramural, intramural, Synergien zu bündeln und unser Augenmerk dorthin zu lenken, wo es hingehört, nämlich zum Patienten und zur Patientin. Und in diesem Sinne halte ich alle diese Geschäftsstücke heute nicht nur für begrüßenswert, sie sind gut für die Versorgung Niederösterreichs! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Die Berichterstatter hätten ein Schlusswort.

**Berichterstatter Abg. Mag. Wilfing (ÖVP):** Ich verzichte!

**Berichterstatter Abg. Mag. Riedl (ÖVP):** Ich verzichte!

**Berichterstatter Abg. Mag. Stiwicek (SPÖ):** Ich verzichte!

**Zweiter Präsident Sacher:** Sie verzichten darauf. Somit kommen wir zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 784/B-44/3:)* Das ist einstimmig angenommen.

*(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 802/A-1/73:)* Ich

stelle fest, gegen die Stimmen der Grünen, von allen anderen Landtagsparteien angenommen.

*(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 801/A-1/72:)* Auch hier halte ich fest ÖVP, SPÖ, FPÖ für diesen Antrag, die Grünen stimmen dagegen. Damit ist er mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Hensler, die Verhandlungen zu Ltg. 798/E-2/1 einzuleiten.

**Berichterstatter Abg. Hensler (ÖVP):** Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zur Änderung des Elektrizitätswesengesetzes 2005, Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005 (NÖ EIWG-Novelle 2007) *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005 (NÖ EIWG-Novelle 2007) wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Geschätzter Herr Präsident! Ich ersuche, die Debatte und dann die Abstimmung vornehmen zu lassen.

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich danke für den Bericht und eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt als erster Redner Herr Abgeordneter Dr. Prober.

**Abg. Dr. Prober (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Die heute zu beschließende Landes EIWG-Novelle 2007 ändert einerseits das Landes EIWG 2005 und dient andererseits auch der Ausführung des entsprechenden Bundesgesetzes aus dem Jahr 2006. Wobei dieses wiederum auf der EU-Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie aufbaut, die ja bekanntlicherweise bis Mitte 2004 Gültigkeit gehabt hat, andererseits aber aufbaut heute auf der Beschleunigungsrichtlinie. Mit dem Ziel, erstens die Liberalisierung der europäischen Elektrizitätsmärkte voranzutreiben, zweitens die Marktöffnungen zu

beschleunigen. Daher heißt diese auch die Beschleunigungsrichtlinie im Bereich der Europäischen Union. Drittens den Netzzugang mittels Regulierungsbehörden zu regulieren und viertens die Versorgungssicherheit sowie die Energieeffizienz zu gewährleisten.

Für die Republik Österreich und für das Bundesland Niederösterreich bedeutet das natürlich stetige Neuanspassungen ihrer Energiegesetzgebung. Die Neuorientierung auf die Breitenwirkung unserer Energieträger und auch im Besonderen neuer Energieträger. Und die Fokussierung auf die Versorgungssicherheit mit den Schwerpunkten Zugang zu den Primärenergieträgern, zweitens zur Verfügbarkeit ausreichender Energieerzeugungskapazitäten und das Augenmerk auch auf die Sicherheit der Netze, all das zusammen sind wesentliche Komponenten einer effizienten und sicherheitsbezogenen Energiepolitik.

Meine Damen und Herren! Auf Grund der weltweit, europaweit, aber auch österreichweit geführten Debatte um den Klimawandel, wir haben in den letzten Wochen ja sehr viel in diese Richtung auch aus den Medien erfahren können, möchte ich mich in diesem ganzen EIWG-Novellierungskonvolut taxativ hauptsächlich auf eine Standortbestimmung und den Umsetzungsstand unseres jetzt gültigen nationalen Ökostromgesetzes beschränken, das zur Zeit auch für die Erreichung unserer niederösterreichischen Klimabündnisziele relevant ist. Das muss man einmal deutlich festhalten. Das ist der Grundstein, der Grundstock auf den jetzt weiter entwickelt und weiter aufgebaut werden kann.

Und wir haben ja als Landtag von Niederösterreich, erinnern Sie sich zurück an die vielen Debatten 2003, 2004, 2005 um nur einiges zu nennen, auch in Resolutionsanträgen, und das in sehr vielen Fällen mit den Stimmen aller Fraktionen hier im Landtag vertretener Parteien auch immer wieder wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung dieses Ökostromgesetzes geleistet.

Ich erinnere nur an unsere gemeinsame Forderung nach der Beibehaltung des Ökostromfördermodelles mit fixen Einspeisetarifen. Oder an die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien. Und beide wurden im geltenden Ökostromgesetz umgesetzt. Das Ökostromziel wurde sogar über die von Niederösterreich damals als erforderlich angesehenen Richtlinien auf 10 Prozent angehoben.

Die Fördermittelverteilung des jetzigen Ökofonds, über den alles abgewickelt wird, soll mit 30 Prozent auf die Windkraft, 30 Prozent auf die Bio-

masse, 30 Prozent auf das Biogas und 10 Prozent auf andere Ökostromanlagen entfallen. Wobei es natürlich wünschenswert wäre, hier einfach auch flexibel am Markt reagieren zu können. Und ich gehe davon aus, dass das vielleicht in Zukunft besser ermöglicht werden kann als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Zusätzlich wurden auch unter anderem Investitionszuschüsse für den Ausbau von kleinen und mittleren Wasserkraftwerken ermöglicht in der Größenordnung von 10 bis 20 mp und ich glaube, auch das gehört positiv hervorgehoben. Die Fördermittelvergabe erfolgt nach dem sogenannten Windhundprinzip oder „wer zuerst kommt, der mahlt zuerst“. Auch das ist eine gängige Sache. Natürlich auch eine große Herausforderung an künftigen Investoren und Betreibern im bäuerlichen Bereich, von bäuerlich dominierten KWK-Anlagenerrichtern auf Biomasse und Biogasbasis hier den Anschluss nicht zu verlieren. Das heißt einfach, meine Damen und Herren, was am Markt gefragt ist heißt schnell zu sein, professionell zu sein, mutig zu sein und offensiv zu sein. Und ich glaube, dass wir hier in Niederösterreich durch unsere gemeinsame Arbeit auch entsprechende Grundlagen gelegt haben, dass das auch für unsere bäuerlichen Freunde hier im Bundesland ermöglicht wurde und laufend auch ermöglicht wird.

Das enthebt uns aber nicht der Verpflichtung, kritisch über die Weiterentwicklung des Ökostromgesetzes nicht nur nachzudenken, sondern auch darüber sehr offensiv politisch zu beraten.

Meiner Meinung nach ist das Ökostromgesetz in der derzeitigen Fassung etwas überaltet, obwohl es noch nicht allzu alt ist. Ich glaube, es gehört ein Neustart her. Ein Neustart ist notwendig in diese Richtung. Es gehört aus meiner Sicht neu formuliert. Es gehört klarer abgefasst, es gehört kürzer gefasst, es gehört prägnanter gefasst, es gehört vereinfacht, eine Forderung, die sich auch in vielen anderen Bereichen findet, aber hier in diesem Bereich besonders von Relevanz ist. Es gehören bessere Zuordnungen getroffen und es gehören rechtliche Ungereimtheiten beseitigt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und meiner Meinung nach müssten auch die Einspeisetarife, um in den Inhalt hineinzugehen, auch kostenorientierter gestaltet werden. Das heißt nichts anderes als im Klartext also auch erhöht werden. Momentan kommen wir mit den Einspeisetarifen nur mehr ganz knapp zu Rande.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es müssten auch Mechanismen vorgesehen werden. Das wäre die logische weitere Konsequenz

und Fortsetzung dieses Gedankens, dass gestiegene Rohstoffkosten laufend in den Einspeisetarifen berücksichtigt werden. Und es müssten letztendlich auch klare Lösungen für Altanlagen getroffen werden, wenn es sehr viele, wenn nicht zuhauf gibt, vor allem was deren Erweiterung und den Weiterbetrieb betrifft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schlagen deshalb vor, dass eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Vorschläge für eine diesbezügliche Novellierung bzw. Neuformulierung des Ökostromgesetzes ausarbeitet. Und aus diesem Grunde möchte ich Ihnen auch den Resolutionsantrag zur Kenntnis bringen (*liest:*)

#### „Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Prober, Mag. Motz, Mag. Fasan und Waldhäusl zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005 (NÖ ElWG Novelle 2007), Ltg.-798/E-2/1, betreffend Ökostrom.

Durch den Einsatz erneuerbarer Energieträger in der Elektrizitätswirtschaft wird die Auslandsabhängigkeit von fossilen Energieträgern verringert, sie verringern die Luftverschmutzung und die Treibhausgasemissionen und verbessern die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen. All diese Vorteile bedeuten, dass erneuerbare Energieträger unbedingt zu unterstützen sind.

Österreich hat in Umsetzung der Richtlinie 2001/77/EG zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt das Ökostromgesetz 2002 beschlossen, das enorme Investitionstätigkeiten ausgelöst hat. So wird der österreichweite Anteil des Ökostroms (ohne Wasserkraft) von ursprünglichen 1,2 % im Jahr 2003 bis Ende 2007 auf etwa 8,8 % ansteigen, wobei NÖ einen nicht unbeträchtlichen Anteil zur Steigerung des Ökostroms beigetragen hat. Mit der Ökostromgesetznovelle 2006, in Kraft seit 1. Oktober 2006, wurde diese erfreuliche Entwicklung gebremst, da einerseits die Mittel für neu hinzukommende Anlagen gedeckelt und andererseits die verordneten Einspeisetarife nicht in der erforderlichen Höhe festgesetzt wurden. Die Europäische Kommission hat in ihrem jüngsten Bericht über den Stand der Maßnahmen für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen Österreich als einen Mitgliedsstaat eingestuft, der weit entfernt ist, den in der Richtlinie für Österreich angegebenen Zielwert von 78,1 % zu erreichen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Europäische Kommission bei ihrer Einschätzung vom Bruttoinlandsstromverbrauch des Jahres 2010 (74,6 TWh)

ausgeht, während Österreich den Bruttoinlandsstromverbrauch des Jahres 1997 (56,1 TWh) zu Grunde legt und somit die Ansicht vertritt, dass Österreich trotz Novelle sein Ziel erreichen wird.

Unabhängig davon, wie die Auseinandersetzung zwischen der EU-Kommission und der Republik Österreich ausgehen wird, brauchen wir mehr Mut im Bereich der erneuerbaren Energieträger. Die jüngsten Berichte und Diskussionen zum Thema ‚Klimawandel‘ erfordern ein konsequentes und nachhaltiges Handeln auch im Bereich der Elektrizitätswirtschaft. Zum einen müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für neu hinzukommende Anlagen derart sein, dass in solche Anlagen auch in Hinkunft vermehrt investiert wird, und zum anderen muss ein wirtschaftlicher Betrieb bestehender Anlagen gewährleistet werden. Insbesondere sollte sichergestellt werden, dass gestiegene Holz- und Substratpreise laufend in den Einspeisetarifen (Valorisierung) Berücksichtigung finden. Anstelle einer Valorisierung könnte auch eine Verlängerung der Tariflaufzeit in Erwägung gezogen werden. Ökostromanlagen sollten auch nach Ablauf der Tarifgarantie weiter betrieben werden können. Es macht keinen Sinn, einerseits neue Anlagen zu fördern und andererseits bestehende Anlagen mangels Wirtschaftlichkeit stillzulegen, weil sie nicht zu Marktbedingungen produzieren können (Festsetzung von Tarifen für solche Anlagen, Ermöglichung des Verkaufes eines Teiles der Ökoenergie an Dritte). In diesem Zusammenhang sollte auch untersucht werden, ob ein Investitionszuschuss-Modell für bestimmte Arten erneuerbarer Energieträger ein effizientes Fördersystem darstellen würde. Darüber hinaus müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen die notwendige Rechtssicherheit vermitteln, um den weiteren Ausbau zu forcieren.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, umgehend eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten, deren Aufgabe es sein soll, Vorschläge für eine Novellierung des Ökostromgesetzes unter Berücksichtigung der Resolution des Landtages vom 1.7.2004 auszuarbeiten und der Bundesregierung vorzulegen, damit diese bei der nächsten Ökostromgesetznovelle geprüft und umgesetzt werden können.“

Ich glaube, das ist ein rundes Bild der Istsituation und auch ein rundes Bild was wir in Zukunft in diese Richtung neu gestalten wollen und sollen. Und ich bitte auch, wie es im Antrag bereits durch die Unterstützung der Fraktionen auch schon zum

Ausdruck kommt, diesen Weg auch in Zukunft offensiv zu unterstützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Nächster Redner in der Liste ist Herr Abgeordneter Waldhäusl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Werter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Eine Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes liegt vor. Mein Vorredner Dr. Prober hat ja bereits inhaltlich Stellung genommen dazu, dass wir auf Grund des Bundesgesetzes und auch auf Grund der Binnenmarktrichtlinie hier Handlungsbedarf haben und dass es im Konkreten darum geht, die Öffnung der nationalen Märkte bis Juli 2007, die Einführung eines regulierten Netzzuganges, unabhängiger Regulierungsbehörden sollen eingerichtet werden. Die Betonung der Versorgungssicherheit ist mir ganz wichtig, da sind wir ja in Europa sowieso führend und die Stärke der Rechte der Konsumenten.

Letztendlich kann man hier sehr viele Dinge herausheben die wichtig sind und die eben im Zuge dieser Änderung stattfinden. Und Auswirkungen zur Erreichung des Klimabündnisses, na ja, da ist nicht viel drinnen. Da steht nicht viel. Und da habe ich mir ein bisschen Gedanken dazu gemacht und komme dann daher auch in die gleiche Stoßrichtung wie mein Vorredner.

Wir sind österreichweit und auch niederösterreichweit, wenn man die Klimabündnisziele anschaut, wenn man schaut, was sich im Bereich des Klimawandels tut, ja nicht unbedingt sehr glücklich mit dem wo wir stehen. Oder wir haben das Ziel eindeutig verfehlt. Das ist leider Gottes so und man muss es auch ehrlich aussprechen können.

Dass wir begonnen haben in Niederösterreich dagegen zu steuern, dazu haben wir ja in diesem Hause genügend Beschlüsse schon dazu gefasst. Wir stehen dazu, dass wir Energie unabhängig, Energie autark werden wollen. Wir stehen zu den Förderungen von Biomasse, von nachhaltiger Energien, in welcher Form auch immer sie kommt. Und auch ich habe mir aufgeschrieben und hätte das viel länger ausführen wollen, das Problem der bestehenden Anlagen betreffend der Rohstoffpreise die jetzt steigen. Und daher das Problem, das bestehende Betriebe bereits haben, mit den Einspeisetarifen hier wirtschaftlich über die Runden zu kommen. Es hat mein Vorredner das bereits jetzt vorgebracht, auch in Form eines Antrages.

Also ich stehe zu diesem Antrag, selbstverständlich.

Weil du gesagt hast, die Fraktionen werden hier sicher parteiübergreifend zustimmen: Auch ich werde hier zustimmen. Ich habe nur diesen Antrag nicht gekannt. Das ist in dem Hause nicht üblich dass man auch der Fraktion der Freiheitlichen Anträge vorher zugibt. Ich stehe aber, nachdem ich zugehört habe und das positiv finde, hier auch dazu, dem zuzustimmen und würde dem Antrag auch gerne beitreten.

Ich möchte aber schon kritisch anmerken, Herr Dr. Prober, wenn man jetzt einen Antrag und einen Arbeitskreis übergreifend Land, Bund und alles, ja, ich mein', ich habe halt nicht vergessen, wer im Bund für diese Dinge zuständig ist. Ich mein', es sind schon ÖVP-Minister. Und ich weiß auch wer im Land dafür zuständig ist. Das ist ein ÖVP-Landesrat. Also wäre es nicht einfach, wenn sich der Landesrat einmal zusammensetzt mit den Ministern und das einmal bespricht? Weil ich tu' mir da schwer. Wenn jemand, der sowieso die Macht auf Bundesebene hat und auf Landesebene hat, dann hier plötzlich sagt, ich bin mit dem Ökostromgesetz nicht zufrieden. Ja, viele sind wir nicht zufrieden. Aber da sollte man dann handeln und hier auch versuchen etwas zu ändern.

Und ich mein, nachdem ich verfolge, dass du jetzt ganz intensiv mit dem Landesrat darüber redest, werdet ihr euch über das noch nicht unterhalten haben vorher. Und der Landesrat wird sich mit dem Minister noch nicht unterhalten haben vorher. Aber dafür sind ja Landtagssitzungen da. Wenn dem Dr. Prober plötzlich auffällt, dass das Ökostromgesetz nicht in Ordnung ist. Und ich nehme an, das werden ihm Bürger mitgeteilt haben, die mit dem umgehen, nehme ich an, dass er das jetzt dem Landesrat auch schon gesagt hat. Wobei ich glaube, dass der das sogar schon weiß dass da Änderungen gehören. Und daher, glaube ich, es wäre viel besser, wenn du heute hier schon präsentieren hättest können. Aber vielleicht kommt der Landesrat heute noch ans Rednerpult und präsentiert uns bereits was er in Vorgesprächen mit den Ministern auf Bundesebene, mit ÖVP-Ministern bereits erreicht hat.

Weil ich höre nur, wenn ich hinaus komme, dass viele auch mit diesem Ökostromgesetz jetzt nicht mehr zufrieden sind. Ich weiß, dass viele Ursachen erst kurzfristig sind, Gottseidank sind die Rohstoffpreise gestiegen, Gottseidank hat sich was verändert. Aber jetzt muss man hier schnell handeln. Weil ich halte nichts davon, wenn dann wirt-

schaftliche Probleme entstehen und man Werke nicht weiterführen kann. Davon haben wir nichts! Wir wollen Energie autark werden, wir haben wirklich Ziele vor uns, die mutig sind, aber die in Ordnung sind. Also muss man hier schnell handeln. Aber ich bin mir sicher, dass das ja zwischen Land und Bund relativ schnell geht.

Das heißt eigentlich, Kollege Prober, dein Antrag in Ehren, aber ich glaube, das muss schneller gehen als dass man einen Arbeitskreis braucht. Wir wissen wo der Schuh drückt. Und ich glaube, der Arbeitskreis braucht maximal einmal tagen und dann wissen wir, wo wir es inhaltlich ändern. Und da bin ich bei dir. Ob man jetzt die Einspeisetarife erhöht, ob das ein Weg ist oder ob man sagt man hängt nach hinten die Jahre an, über das kann man diskutieren. Letztendlich muss die Wirtschaftlichkeitsrechnung für das Unternehmen wieder stimmen. Das heißt, das Überleben muss gesichert sein.

Und trotzdem muss man auch den Mut haben, wenn man die Einspeisetarife erhöht, drüber auch zu diskutieren. Und ich hoffe, das wird in diesen Arbeitskreisen auch sein, dass damit letztendlich dann auch Auswirkungen auf den Strompreis dahinter stehen. Das muss man auch sagen, so ehrlich muss man sein, dass da nicht plötzlich seitens der Stromkonsumenten wieder natürlich dann das Argument kommt, jetzt wird der Strom schon wieder teurer weil das und das ist. Man muss den Mut haben und sagen, wir wollen energieunabhängig sein, wir wollen einen Weg einschlagen, der Geld kostet. Der ist uns das wert. Gleichzeitig kann man ja darüber nachdenken, wie wir trotzdem eine Strompreiserhöhung verhindern können. Weil wenn ich mir anschau, dass unser Energiekonzern in Niederösterreich, die EVN, ja eh Patzen-Gewinne macht und hier wirklich was erwirtschaftet, und auch in Zeiten wo man noch nicht über die Änderung des Ökostromgesetzes diskutiert hat, die Strom- und Gaspreise erhöht, na ja, da könnte man darüber diskutieren ob nicht ein bisschen was von den Gewinnen dann auch für die niederösterreichischen Bürger abfallen könnte.

Das wäre etwas was auch in diesem Arbeitskreis sicher mit besprochen werden könnte. Auf alle Fälle werde ich dieser Änderung gerne zustimmen und auch, wie gesagt, würde ich gerne dem Antrag beitreten, weil ich der Meinung bin, dass hier wirklich Handlungsbedarf ist.

**Zweiter Präsident Sacher:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es macht den Anschein, als entwickelt sich diese Elektrizitätswesengesetzdebatte zu einer Ökostromgesetzdebatte. Und ich gebe sehr, sehr gerne zu, mir ist das eh lieber.

Trotzdem einige kurze Sätze zum Elektrizitätswesengesetz, auch nur den Inhalt umreißend, was ohnehin schon meine Vorredner getan haben. Es geht also um die Verbesserung der Versorgungssicherheit, um bessere Vernetzung. Nicht nur der Elektrizität in der Vernetzung, sondern auch Datenvernetzung. Was natürlich im EU-Markt nicht unwesentlich ist. Es geht um Herkunftsnachweise was die Kraft-Wärme-Kopplung betrifft. Es geht um Fragen des Konsumentenschutzes und des Wettbewerbsrechts. Was natürlich wichtige Bereiche sind. Ich denke mir gerade, beim Wettbewerbsrecht wäre schon oder insgesamt beim doch immer stärker wettbewerbsorientierten Elektrizitätsmarkt wäre ja schon das eine oder andere drinnen was in Richtung des Kollegen Waldhäusl geht was auch die Strompreise betrifft. Denn es fällt schon auf, dass nach wie vor mit der Stärkung oder mit einer gewissen, wie soll man sagen, Beharrung, oder mit einem Beharrungsvermögen der großen nationalen Energiekonzerne oder auch der großen Landesenergiekonzerne die Netzpreise in einem relativ engen Zusammenhang stehen, und da ist halt was drinnen. Das vermerkt die EU-Kommission nebst anderer Sachen durchaus zu Recht.

Was das Elektrizitätswesengesetz betrifft, das teilen wir, das trifft unsere Zustimmung. Wir akzeptieren diese Punkte natürlich. Aber wir sind auch der Meinung, wie meine Vorredner, wenn man sich die Frage stellt, wo fließt der Strom und wie fließt der Strom, also wie sind die Leitungen, wie ist Stromtransport organisiert, dass man sich auch die Frage stellen muss in diesem Zusammenhang, welcher Strom fließt denn? Wo kommt der Strom her? Und wie wird er erzeugt? Und damit sind wir natürlich bei der Stromerzeugung und damit sind wir natürlich automatisch bei der Frage Ökostrom und Ökostromgesetz.

Ich bin an und für sich auch sehr froh, dass es eine Resolution heute geben wird auf die wir uns verständigen konnten hinsichtlich einer Neufassung des Ökostromgesetzes. Wenn man dem Kollegen Prober so zuhört, dann meine ich fast die Worte meiner Nationalratskollegin Ruperta Lichtenecker zu hören, die als Umweltsprecherin der Grünen

eine Totalreform des Ökostromgesetzes verlangt hat. Und ich glaube, dass sie durchaus Recht hat damit. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Präs. Ing. Penz: Sie wurde ja vom Dr. Prober beraten!)*

Die wurde nicht vom Dr. Prober beraten. Die würde sich wahrscheinlich anderes wünschen als vom Dr. Prober beraten zu werden. In allen Ehren, Kollege Prober. Aber sie hat nämlich nicht die Konflikte auszutragen, die die ÖVP intern auszutragen hat mit diesem Gesetz. Auf das wurde ja auch schon hingewiesen. Und das ist natürlich auch die Crux.

Es ist ja nicht nur so, dass es auf Bundesebene diesen Konflikt gibt, sondern offensichtlich gibt es auch auf Landesebene hier im Haus diesen Konflikt was das Ökostromgesetz betrifft. Erinnern wir uns an eine Resolution, die wir eben wie heute, damals auch, nämlich am 1. Juli 2004 gemeinsam zum Ökostromgesetz beschlossen haben. Wir haben damals eine Resolution beschlossen, womit wir uns gegen den Entwurf des Ökostromgesetzes zur Wehr gesetzt haben. Der NÖ Landtag hat sich ausgesprochen gegen diesen Entwurf des Ökostromgesetzes. Und dann war einmal zwei Jahre Schweigen. Dann ist im Oktober 2006 das Ökostromgesetz in Kraft getreten und mittlerweile, wieder einige Monate später, bekommen wir vom Herrn Landesrat Plank eine Stellungnahme zu diesem Resolutionsantrag wo drinnen steht, die wesentlichsten Anliegen dieser Resolution sind ja im Gesetz ohnedies berücksichtigt worden.

Und dann listet uns Landesrat Plank einige der Schwerpunkte in dieser Gesetzesnovelle auf. Dr. Prober hat sie zum Teil schon skizziert. Und ich stelle mit großer Verwunderung fest, dass der Landesrat Plank, der sich ja bisher immer als ein massiver Gegner des Ökostromgesetzes ausgewiesen hat und betätigt hat, auf einmal äußerst positiv zu diesem Gesetz spricht und schreibt. Die Schwerpunkte des Gesetzes uns mitteilt, aber die Schwachpunkte dieses Gesetzes dabei auslässt. Das finden wir durchaus bedenklich.

Nun, was sind die Schwachpunkte dieses Gesetzes? Da kann ich den Herrn Landesrat an seine eigenen Veranstaltungen erinnern. Erinnern wir uns einmal, Herr Landesrat, an den NÖ Klimatag im Mai 2006, wo die große Unzufriedenheit mit diesem Ökostromgesetz in einem Workshop sogar noch einmal gemeinsam erarbeitet wurde. Wo die Situation um die Einspeisetarife als unbefriedigend dargestellt wurde und wo Initiativen von Land und Gemeinden gefordert wurden um diese Novelle zu verbessern.

Ich bin froh, dass wir heute zumindest eine dieser Initiativen haben. Oder zitieren wir einen

völlig unverdächtigen, nämlich einen Teilnehmer an diesem Klimatag, den Prof. Stefan Schleicher, der ein Beispiel für diese Untauglichkeit dieses Ökostromgesetzes genannt hat. Er sagt, es sind zum Teil die Einspeisetarife für die Biomasse so hoch bemessen, dass es wirtschaftlich gar nicht mehr notwendig ist, die Wärme zu nutzen. Dadurch entstehen dann zum Beispiel Projekte wie das Megabiomassekraftwerk Simmering, das Wärme in die Luft pulvern muss, weil in Wien zur Zeit zuviel Wärme produziert wird. Dieselben Probleme ortet er möglicherweise auch bei den EVN-Standorten Dürnrohr und Heiligenkreuz. Und tritt deshalb für kleine, dezentrale Kraft-Wärmekopplungen ein, zum Beispiel in der Nähe von Bezirksstädten usw.

Also zumindest haben wir uns einen Denker in Niederösterreich eingeladen der das vertritt, aber der auf der anderen Seite auch zu Recht das Ökostromgesetz kritisiert. Oder, von Dr. Prober schon genannt, die europäische Kommission, die ein Mahnschreiben an die Republik gerichtet hat, weil die Ziele, die 78,1 Prozent von einem falschen Ausgangspunkt bemessen wurden, nämlich aus dem Jahr 1997. Und weil die Kommission vermutet, dass mit diesem – sage ich jetzt dazu – läppischen 17 Millionen das 78,1 Prozentziel möglicherweise nicht erreichbar ist. Dass also einfach zu wenig Mittel locker gemacht wurden. Und wenn ich mir denke, was in Österreich locker gemacht wird nach wie vor dafür, dass die Klimaschutzziele nicht erreicht werden, dann ist es tatsächlich ein sehr magerer Betrag.

Ich bin also ein bisschen verwundert über den Sinneswandel des Landesrates Plank, dass er plötzlich diese bestehende Ökostromregelung verteidigt. Bin aber auf der anderen Seite auch froh, dass wir eine gemeinsame Initiative im Landtag haben um neuerlich eine Novelle des Ökostromgesetzes zu fordern. Wichtig erscheint mir auch, dass wir dabei als Basis aufnehmen was wir seinerzeit gefordert haben. Nämlich diese 78,1 Prozent zu erreichen. Das zu steigern, den Ökostromanteil weiterhin zu steigern, Effizienzverbesserungen vorzunehmen, eine konsequentere Politik für erneuerbare Energien uns vorzunehmen, die Klimaschutzziele ernst zu nehmen. Auch das tun wir derzeit nicht in Niederösterreich – und dass wir auf das ursprüngliche oder in Richtung des ursprünglichen Ökostrommodells zurückkehren mit fixen Einspeisetarifen und vor allem mit vernünftigen und leistbaren Einspeisetarifen.

Vielleicht wäre es sehr gut, sich in diesem Fall das deutsche Gesetz zum Vorbild zu nehmen. Es ist nicht alles, bei weitem nicht alles schlecht gewesen was Rot-Grün in Deutschland geschafft haben.

Dazu gehört auch das Gesetz für erneuerbare Energie dort. Und ich hoffe sehr und ich freue mich, wenn wir heute gemeinsam diesen Resolutionsantrag beschließen können. Und hoffe weiterhin auf ein Umdenken im Bund und auf eine Novelle im Ökostrom. Herzlichen Dank! *(Beifall bei den Grünen.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich erteile als nächstem Redner Herrn Abgeordneten Mag. Motz das Wort.

**Abg. Mag. Motz (SPÖ):** Geschätzter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Motivation für die vorliegende Novelle ist im Haus schon angesprochen worden. Es wird im Rahmen eines Ausführungsgesetzes das EIWOG des Bundes nachvollzogen. Und ich meine, dass schon aus dem Gedanken der Versorgungssicherheit heraus und der Netzsicherheit heraus die Länder ein großes Interesse an einer baldigen Nachvollziehung der Grundsatzgesetzgebung haben sollten. Inhaltlich bringt die Novelle endlich dringend benötigte Regelungen im Bereich der Primärregelung und des Engpassmanagements. Neu ist, dass jetzt der verantwortliche Regelzonenführer direkt auf Kraftwerksbetreiber zugreifen kann wenn sich eine Krisensituation abzeichnet. Dafür ist nun eine gesetzliche Basis geschaffen worden. Dafür wurde auch für solche Ausnahmesituationen eine faire Vergütung vorgesehen. Und zusätzlich wird es durch verstärkten Datenaustausch zwischen Kraftwerks- und Stromnetzbetreibern auch ein Element der erhöhten Stabilität der Netze geben.

Der Entwurf verfolgt auch eine maßgebliche Stärkung der Rechte der Haushaltskunden. Die Belieferung von Kunden von privaten Haushalten unterliegt ja seit mehreren Jahren den Regeln des freien Marktes. Es ist aber im Interesse des Konsumentenschutzes, glaube ich, darauf zu achten, dass der Endkunde auch allgemeine Geschäftsbedingungen unaufgefordert übermittelt bekommt, dass diese Geschäftsbedingungen gewissen Mindestinhalten genügen müssen. Diese Punkte sind mit dem jetzigen Entwurf abgedeckt.

Ein wenig Kritik möchte ich anbringen, nämlich wenn man den Entwurf genau liest wird man feststellen, dass ein gar nicht so unwesentlicher Punkt des Grundsatzgesetzgebers in der Novelle nicht aufgenommen wurde, nämlich was die Entschädigungsleistung bei Nichteinhalten vertraglich zugesicherter Lieferungen und Leitungsqualität anbelangt. Das fehlt im jetzigen Entwurf. Und das, obwohl sich ein recht interessantes Detail in der Novelle ver-

birgt. Nämlich, wie Sie wissen, und ich habe es gerade vorhin gesagt, können die Stromkunden frei ihren Versorger wählen. Diese individuelle Freiheit stößt aber dort auf ihre Grenzen wenn Kunden von Versorgern abgelehnt werden. Sei es jetzt weil sie mangelnde Bonität aus der Vergangenheit mitbringen, sei es aus Zahlungsgründen etc. Diese Problematik hat auch die EU-Kommission erkannt und hat die Mitgliedstaaten ermächtigt im Rahmen einer Grundversorgung einen sogenannten Versorger letzter Instanz zu definieren, der dann einen Kontrahierungszwang mit dem Endverbraucher hat und seinerseits dafür berechtigt ist, auch ein sogenanntes nicht unverhältnismäßiges Entgelt einzulieben. Das Wirtschaftsministerium hat das auch erkannt und hat in seiner Stellungnahme zum § 45 angemerkt, dass es fraglich ist, ob durch diese vorgesehene Regelung jetzt auch ein angemessener Ausgleich der Interessen des Kunden, der eben genötigt ist so einen Versorger letzter Instanz in Anspruch zu nehmen und den Interessen der Lieferanten zu erzielen sein wird.

Denn dem Kunden kann selbst bei Vorauszahlung, also bei Sicherheitsleistungen ein Zuschlag wegen erhöhter Administration aufgebremst werden. Das heißt, sozial schwache Kunden müssen dann einen höheren Energiepreis zahlen als die sogenannten Normalkunden. Gleichzeitig sind sie aber dennoch vor einer Unterbrechung der Stromzuleitung nicht geschützt. Ob diese Konstruktion den eigentlichen Intentionen der Richtlinie gerecht wird, das ist mehr als fraglich.

Es freut mich im Übrigen, dass es seitens des Landtages immer wieder gelingt, mittels Resolutionsanträge auf Gesetzwerdungsprozesse positiv einzuwirken. Ich habe im Februar 2005 gemeinsam mit Kollegen Prober einen Antrag eingebracht mit der Intention, eine gesetzliche Grundlage für die Entfernung von stillgelegten Windkraftanlagen zu schaffen. Das ist mit der Novelle 2005 geschehen. Und diese Novelle stellt sicher, dass bei der Auflassung einer Windkraftanlage der Betreiber selbstverständlich auch für die Entfernung der von ihm aufgestellten oberirdischen Anlagenteile zu sorgen hat. Das kann notfalls auch mit Bescheid aufgetragen werden. Wenn der Betreiber nicht mehr vorhanden ist, nicht mehr liquid ist, wie auch immer, obliegt diese Verpflichtung künftig dem Grundeigentümer. Es ist mir klar, dass diese Frage im Moment noch nicht große Relevanz hat, weil die Anlagen relativ jung sind und sie eine durchschnittliche Nutzungsdauer von 20 bis 25 Jahren haben. Aber unsere nachfolgende Generation wird sich mit diesen Fragen konfrontiert sehen und da ist es schon klug, wenn der Landesgesetzgeber Weitblick beweist.

Abschließend zum von Kollegen Prober eingebrachten und von mir mitgetragenen Resolutionsantrag. Ich möchte aber auch auf das hinweisen was von Kollegen Waldhäusl zuerst eingebracht wurde. Denn es ist immer eine Frage, wer bezahlt das alles was man sich gesetzlich wünscht. Sie werden wissen, dass die Ökostromnovelle 2006, die ja den privaten Haushalt Mehrbelastungen aufgetragen hat, dazu geführt hat, dass der private Haushalt mittlerweile, bedingt durch diese eine Novelle, 26 Euro mehr an Kosten pro Jahr zu bezahlen hat.

Das heißt, wenn man sich das Aufwandsdarlehen für diese Unterstützungszahlungen ansieht, erkennt man, dass der private Haushaltskunde 90 Prozent der Fördermittel finanziert. Und es wird daher in dieser Arbeitsgruppe auch zu überlegen sein, wie der Weg weiter gehen soll, wer eben diese Kosten des Ökostroms zahlt und vor allem auch, ob es nicht sinnvoll ist einmal von Förderungen der Tarife abzugehen und eventuell auch ein Investitionszuschussmodell für bestimmte Arten erneuerbarer Energieträger anzudenken. Im übrigen wird meine Fraktion dem vorliegenden Antrag die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als vorläufig letztem Redner dieser Debatte erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. Rennhofer das Wort.

**Abg. Ing. Rennhofer (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir alle kennen folgende Situation: Am Schreibtisch wird es dunkler, das Licht ist auf einmal weg, der PC stürzt ab, die Telefonanlage funktioniert nicht mehr. Eigentlich könnte man rasch was kopieren gehen, aber auch das funktioniert nicht. Vielleicht sollte man sich Zeit nehmen auf einen Kaffee, aber auch das funktioniert nicht.

Wir alle kennen diese Situation, meine Damen und Herren, aber nur sehr, sehr, sehr, sehr selten. In Wirklichkeit nur dann, wenn im unmittelbaren Umfeld eine Reparatur notwendig ist oder eine Umschaltung des Energieversorgers erfolgen muss. Aber sonst wirklich ganz, ganz selten.

Nun, Strom ist sicher der wichtigste Sekundärenergieträger in der heutigen Zeit in unserer technisierten Gesellschaft. Und der Elektrizitätssektor ist einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Europa. Insgesamt werden hier zirka 250 Millionen Euro pro Jahr erwirtschaftet. Für die europäische Wirtschaft, und damit natürlich auch für die öster-

reichische, für die niederösterreichische Wirtschaft ist eine zuverlässige Energieversorgung, eine effiziente Energieversorgung von entscheidender Bedeutung.

Wettbewerbsorientierte Preise im globalen Umfeld sind unumgänglich. Und die Europäische Union regelt in diesem Bereich erstens einmal die Öffnung der Märkte ab 1.7.2007, die Einführung eines geregelten Netzzuganges, die Einführung unabhängiger Regulierungsbehörden, die Verpflichtung zur Trennung des Netzes von anderen Tätigkeiten integrierter Unternehmungen, die Betonung der Versorgungssicherheit und die Stärkung der Rechte der Konsumenten. Und grundsätzlich folgt die vorliegende Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes diesen Zielen auch.

Versorgungssicherheit ja, aber wie soll das geschehen? Um ein stabiles Netz zu gewährleisten, kann der Regelzonenführer Leistungen von Kraftwerken in Zukunft verändern. Das heißt, Leistungen erhöhen oder er kann Einschränkungen bei der Erzeugung bis letztendlich zur Abschaltung von Anlagen anordnen. Selbstverständlich sind die wirtschaftlichen Nachteile, falls es dadurch solche gibt, entsprechend zu ersetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird aber mit dieser Änderung auch der Konsumentenbereich besser gestellt. Der Kundenbereich, der den Bürger hautnah trifft. Die Netzbetreiber haben den Kunden in Zukunft noch stärker zu informieren, haben schriftliche Informationen auszuhandigen, wo die Bedingungen aufgelistet sind. Das beginnt beim Namen, der Anschrift, ganz banale Dinge über technische Angaben bis letztendlich zur Frage, wie lange darf sich ein Unternehmen Zeit lassen zur Beantwortung eines Netzzugangsansehens? Alle diese Dinge sind hier geregelt. Der Netzbetreiber wird damit deutlich in die Pflicht genommen und es gibt eine Reihe von Verbesserungen für unsere Konsumenten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Fasan! Unser Landesrat Plank war immer auf der Seite der Umwelt und des Ökostroms. Landesrat Plank hat vor kurzem die Ziele der NÖ Umweltpolitik formuliert, Energieeffizienz, die Energiewende und die Klimapolitik sind darin Schwerpunkte.

Prinzipiell geht's um die Fortsetzung der erfolgreichen Energiepolitik der letzten Jahre. Um die Vernetzung von Landwirtschaft, erneuerbarer Energie, Klimaschutz und Energiesparen. Erklärtes Ziel ist eine Senkung des Energieverbrauches. Um dies zu erreichen, müssen natürlich viele einge-

bunden sein und eingebunden werden: Gemeinden, Bürger, Umweltberater. Alle sind dazu notwendig.

Meine Damen und Herren! Kollege Dr. Prober hat für uns einen Resolutionsantrag eingebracht, der auch genau in diese Kerbe schlägt. Und gerade durch den Einsatz der erneuerbaren Energie in der Elektrizitätswirtschaft sind auch Versorgungsverbesserungen zu erreichen und zu erwarten. Sind die Verringerung der Auslandsabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu erwarten. Sind die Verringerungen von Treibhausmissionen zu erwarten. Und sind wesentliche Investitionen und verbesserte wirtschaftliche Entwicklungen im ländlichen Raum zu erwarten. Positive Entwicklungen für unser Land.

Niederösterreich hat einen wesentlichen Anteil am Ökostrom mit den vorhandenen Ökostromanlagen. Niederösterreich ist Spitzenreiter bei Windenergie. Mittlerweile, wissen wir alle, steuert das Land mehr als 500 Megawatt bei aus Windenergie. Richtig, Kollege. Damit macht Windenergie bereits mehr als ein Zehntel der gesamten Stromerzeugung in Niederösterreich aus.

Und nicht zu vergessen: Die Folge der umgesetzten Windprojekte sind neben der gewonnenen Energie noch zirka 1.200 Arbeitsplätze in diesem Bereich, meine Damen und Herren. Und das jüngste Kind, die NÖ Photovoltaikförderung, erst am Dienstag in der Landesregierung beschlossen, wieder eine zukunftsweisende Weichenstellung in Niederösterreich.

Ich ersuche Sie daher, dieser Gesetzesänderung zuzustimmen und unseren Resolutionsantrag zu unterstützen. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

**Berichterstatter Abg. Hensler (ÖVP):** Ich verzichte!

**Zweiter Präsident Sacher:** Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 798/E-2/1:)* Ich stelle einstimmige Annahme dieses Gesetzesantrages fest.

Dazu wurde ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Prober, Mag. Motz, Mag. Fasan eingebracht. Im Zuge der Debatte hat Herr Abgeordneter Waldhäusl das Ersuchen geäußert, diesem Antrag beizutreten. Gibt es einen Einwand bei den Antragstellern? Das ist nicht der Fall. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Somit ist auch dieser Resolutionsantrag einstimmig angenommen.

Hoher Landtag! Damit ist die Tagesordnung dieser heutigen Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Die heutige Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 16.22 Uhr.)*